

Die schlesische Demokratie in der preußischen Novemberkrise 1848

WALTER SCHMIDT, BERLIN

Anfang November 1848 braute sich in der preußischen Hauptstadt ein konterrevolutionäres Unwetter zusammen, das die Berliner konstituierende Versammlung und die ganze demokratische Bewegung auf äußerste bedrohte. Truppenkonzentrationen an wichtigen Punkten der Provinz, vor allem um Haynau und Liegnitz herum, waren von den schlesischen Demokraten bereits seit der zweiten Oktoberhälfte mit Argusaugen verfolgt und zurecht als Anzeichen für eine Attacke der Reaktion beurteilt worden.¹ Der republikanische Abgeordnete Reichenbach^{1a} sollte deshalb vom Parlament aus beim Kriegsminister intervenieren; und der Hauptverein beabsichtigte eine Gruppe zur Beobachtung nach Liegnitz zu schicken. Der Vorschlag, einen bewaffneten Zuzug zu organisieren, sollte die Liegnitzer Bürgerwehr entwaffnet werden, wurde verworfen.

Die preußische Krone und die hinter ihr stehende Kamarilla hatte schon seit September eine Ausschaltung des Parlaments im Kalkül, sich doch zunächst nicht getraut, offen zuzuschlagen, zumal da das Übergangsministerium v. Pfuld eher mäßigend wirkte, was auf den Unmut der Kamarilla stieß.² Der Sieg der österreichischen kaiserlichen Armee über die Wiener Revolution am 31. Oktober gab dann aber den Ausschlag, die offene Konterrevolution auch im eigenen Staate einzuleiten. Die seit Herbst recht aufmüpfige, in der Debatte um die einzelnen Verfassungsartikel sich zu demokratischen Beschlüssen aufraffende verfassunggebende Versammlung sollte nicht nur in die Schranken gewiesen, sondern letztendlich ausgeschaltet und so die Alleinherrschaft von Krone und Adel wiederhergestellt werden.

Kaum war die Nachricht von der Eroberung Wiens nach Berlin gelangt, da entließ Friedrich Wilhelm IV. am 1. November das für einen konterrevolutionären Coup unzuverlässig erscheinende Kompromissministerium v. Pfuld und ernannte den Grafen von Brandenburg, einen illegitimen Hohenzollernsproß, der bis dahin dem Armeekommando in Breslau vorgestanden hatte, zum Ministerpräsidenten, mit dem Auftrag, eine neue

1) Schlesische Zeitung (SZ), 1. November 1848, S. 2878; Allgemeine Oder-Zeitung (AOZ), 2. November 1848; Breslauer Kreisbote (BKB), 6. November 1848, S. 2. 1a) Eduard Graf von Reichenbach (1802–1869), republikanischer Politiker während der Revolution von 1848/49, Mitglied der preußischen Nationalversammlung. Vgl. zu ihm Helmut BLEIBER, Graf Eduard von Reichenbach. Schlesischer Rittergutsbesitzer und revolutionärer Demokrat, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin 1987. 2) Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1988, S. 253–268.

Regierung zu bilden. Als dies am 2. November dem Berliner Parlament mitgeteilt wurde, war der Staatsstreich eingeleitet.³ Die Versuche des Parlaments, diese Entscheidung auch durch eine Deputation zum König rückgängig zu machen und um ein volkstümliches Ministerium zu bitten, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Friedrich Wilhelm IV. brüskierte die Deputation, der er nicht einmal zuhörte. Bei dieser Szene fielen die berühmt gewordenen Worte Johann Jacobys: „Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Eine Woche später, am 9. November erschien Brandenburg im Parlament und verkündete mit der Begründung, dass die Versammlung vor anarchischen Behelligungen geschützt werden müsse, deren Vertagung bis zum 27. November und die Verlegung in die Stadt Brandenburg. Am Tag darauf, dem 10. November rückte Wrangel mit seinen Truppen in Berlin ein; am 11. November wurde die Bürgerwehr in Berlin aufgelöst und kurz darauf der Belagerungszustand verkündet. Damit war die Konterrevolution voll auf dem Vormarsch.

In der Konstituierenden Versammlung war von der Linken schon am 2. und 4. November die Bildung einer Sicherheitskommission beantragt, von der Mehrheit jedoch abgelehnt worden. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten widersetzte sich allerdings der königlichen Anweisung vom 9. November, unverzüglich auseinander zu gehen, sondern führte die Verhandlungen, vom Militär immer wieder verfolgt, an unterschiedlichen Orten fort und fasste Beschlüsse, die jedoch im Rahmen des legalen, passiven Widerstands blieben. Den Höhepunkt bildete der nach längeren Debatten in der letzten Sitzung des Parlaments am 15. November gefasste Beschluss, der Staatsstreichregierung, die man des Hochverrats beschuldigt hatte, solange die Steuern zu verweigern, bis die Versammlung wieder ungehindert tagen kann.⁴

3) Zum preußischen Staatsstreich und zur Novemberkrise siehe: Veit VALENTIN, *Die Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849*, Bd. 2, Berlin 1931, S. 262 ff.; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. II, Stuttgart 1960, S. 746–766; Manfred BOTZENHARDT, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 543 ff.; Walter SCHMIDT u. a., *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49*, Berlin 1988, S. 258–270. 4) Walter SCHMIDT, *Die preußische Steuerverweigerungs-Affaire von 1848. Zur Kontroverse um die gerichtliche Verfolgung der Steuerverweigerer – Eine Dokumentation*, in: Gerhard HARNEY/Werner MAIHOFFER/Gerhard SPRENGER (Hg.), *Recht und Ideologie in historischer Perspektive. Festschrift für Hermann Klenner*, Bd. II, Freiburg/Berlin/München 1998, S. 162–166. 5) Die folgende Darstellung stützt sich auf die Presseberichte namentlich der „Allgemeinen Oder-Zeitung“, seit 1. April 1849 „Neuen Oder-Zeitung“ (AOZ, NOZ), der „Breslauer Zeitung“ (BZ), der „Schlesischen Zeitung“ (SZ) und des „Breslauer Kreisboten“ (BKB) sowie die entsprechenden Akten des preußischen Innenministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK). Von der „Breslauer“ und „Schlesischen Zeitung“ sowie dem „Breslauer Kreisboten“ konnte ich Kopien aus dem Nachlass meines früh verstorbenen Freundes, des Schlesienforschers Helmut BLEIBER nutzen. Eine Schilderung der Vorgänge aus konservativer Sicht liefert Karl Friedrich HEMPEL in: Norbert CONRADS (Bearb.), *Denkwürdige Jahre 1848–1851*. Karl Friedrich Hempel. *Die Breslauer Revolution*, Köln/Wien 1978, S. 58–75. Eine erste Darstellung der „Novembertage“ in Breslau findet sich bei Julius STEIN, *Geschichte der Stadt Breslau im neunzehnten Jahrhundert*, Breslau 1884, S. 365–383. Allerdings konzentriert und beschränkt sich der Autor auf zwei so genannte „Episoden“: die Konflikte um den Transport der Gewehre aus dem Rathaus und die Aktivitäten zur Steuerverweigerung. Für ihn ist der Steuerverweigerungsbeschluss der Berliner Nationalversammlung vom 15. November der Wendepunkt, an dem das Gesetz des Handelns von der Partei der Nationalversammlung an die Unterstützer des Staatsstreichministeriums übergang (S. 365).

Der Auftakt des Widerstands gegen den Staatsstreich in Breslau.
Zentralausschuss der Bürgerwehrklubs und der vereinigten politischen Vereine und
Sicherheitsausschuss⁵

Wie in anderen Provinzen setzte auch in Schlesien der Widerstand gegen den Staatsstreich unmittelbar nach Bekanntwerden der Ereignisse in Berlin ein. Im Zentrum der Aktionen stand die Solidarität mit der verfolgten preußischen Nationalversammlung. Der Breslauer Volksverein würdigte bereits am 8. November anerkennend das couragierte Auftreten Jacobys vor dem König beim Zusammentreffen mit der Delegation der Nationalversammlung, die den Monarchen zu einer Korrektur der Berufung Brandenburgs zum Ministerpräsidenten veranlassen wollte.⁶ Zwei Tage später begrüßte er die Beschlüsse des Parlaments vom 9. November und forderte, die Berliner Versammlung als „einzigsten Sitz der Regierungsgewalt“ mit Gut und Blut zu schützen. „Berlin soll nicht ein zweites Wien werden, dafür steht das ganze preußische Volk einmütig ein.“⁷

Breslaus Widerstand begann mit Adressen an die Nationalversammlung wie an den König am 10. November, einen Tag nach Ausbruch des offenen Konflikts zwischen Nationalversammlung und Krone. Den Auftakt gab der oben genannte Aufruf des Volksvereins, der die letzten Beschlüsse der Konstituante begrüßte. Alle Flüchtigen aus der Versammlung sollten zur Rechenschaft gezogen werden. „Berlin soll kein zweites Wien werden“.⁸ Ihr schlossen sich noch am gleichen Tag alle Breslauer demokratischen Vereine an, die sich auf einer Sitzung des Landwehrvereins vereint hatten⁹ und geschlossen zum „Zentralen Bürgerwehr-Ausschuss“ zogen und auch ihn gewannen, der Adresse beizutreten.¹⁰ Erst einen Tag später, am 11. November zog die Stadtverordnetenversammlung nach; von ihr ging mit einem Antrag von Dyhernfurth die Initiative aus, und erst dann schloss sich der Magistrat an. Gegen Dyhernfurths Antrag, sich nur an die Nationalversammlung zu wenden und ihr zu erklären, dass sie gesetzlich gehandelt habe, ihr bis zur Lösung des Konflikts die alleinige gesetzgebende Gewalt gehöre und ihre Beschlüsse bindend wären, versuchte Bürgermeister Bartsch, den König positiv ins Spiel zu bringen. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn nur an die Krone geschrieben worden wäre.

Später wurde mit der Adresse an die Nationalversammlung auch noch eine zweite Adresse des Magistrats an den König von einer Deputation nach Berlin gebracht wurde. Die Stadtverordneten aber verabschiedeten mit „vollkommenster Majorität“ nur die Adresse an die Nationalversammlung. Dyhernfurth hatte noch ergänzt, dass ihr auch das Recht zur Steuerverweigerung zustünde. Der Berichterstatter feierte das Resultat: „Somit hat Breslau, seiner Stellung würdig, einen energischen Schritt getan, der, wenn ihm die Provinzen nachfolgen, gewiss von ersprießlich Folgen sein wird.“¹¹ Die aus je zwei Stadträten (Becker und Zwinger) und zwei Stadtverordneten (Dyhernfurth und Siebig) bestehende Deputation der Stadt, die beide Adressen zur Nationalversammlung wie zum König bringen sollte, wurde lediglich von der Versammlung empfangen, während Friedrich Wilhelm IV. ihr eine glatte Abfuhr erteilte.¹²

6) BZ, 10. November 1848, S. 2783: Sitzung vom 8. November. 7) AOZ, 12. November 1848, Beil.: Sitzung vom 10. November. 8) AOZ, 11. November 1848, Beil., S. 2. 9) AOZ, 12. November 1848, I. Beil., S. 3. 10) Ebenda. 11) Ebenda. 12) Dazu siehe STEIN (wie Anm. 5), S. 364–370.

Größeres Gewicht hatte jedoch, dass sich schon seit dem 9. November in der schlesischen Metropole mit der politischen Widerstandsbewegung gegen den Staatsstreich auch neue Machtstrukturen formierten.¹³ Eine zentrale Stellung gewann der sich am 10. November konstituierende Zentralkomitee der Bürgerwehrklubs und der kombinierten politischen Vereine (im Folgenden: Permanenter Ausschuss).¹⁴ Er war eine Organisation „von unten“, neben den bestehenden Behörden sich bildend, und er stellte das umfassendste Gremium dar, hinter dem sämtliche demokratischen Vereine Breslaus standen und in dem die Demokraten auch das Sagen hatten. Den eigentlichen Kern bildeten die Vertreter der in jedem Bataillon gebildeten rund zehn Bürgerwehrklubs. Diese sowie der sie zusammenfassende zentrale Bürgerwehrklub waren auf Initiative des Demokratischen Hauptvereins Anfang September im Zusammenhang mit den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Entlassung reaktionärer Offiziere gebildet worden.¹⁵ Um diese Zentralkommission der Bürgerwehrklubs herum hatten sich bereits am 9. November die folgenden Breslauer Vereine zusammengeschlossen: der allgemeine Landwehrverein für Breslau und Schlesien, der Demokratische Hauptverein, der Deutsche Volksverein, der Verein im goldenen Kreuz, der Arbeiterverein, der Republikanische Verein, der demokratische Bruderverein Germania, der Demokratische Studentenverein, der Politische Bildungsverein, der Politische Verein, der Hauptrustikalverein für Schlesien und der demokratische Provinzialausschuss für Schlesien. Sie hatten so einen demokratischen Block gebildet. Zwar stand allen politischen Vereinen der Anschluss frei,¹⁶ doch haben die Konstitutionellen sich dem umgehend versagt.

Dieser Ausschuss, der seit seiner Bildung am 9. November permanent tagte, der Permanente Ausschuss hatte am 10. November durch eine Deputation vom Magistrat die Bestätigung Engelmanns als Bürgerwehroberst erreicht und – wie bereits erwähnt – die Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten an die Nationalversammlung veranlasst. Er trat bereits am 11. November mit einer eigenen Adresse „Die Breslauer an die Berliner“¹⁷ erstmals und am folgenden Tag, dem 12. November, gleich noch einmal mit einer Proklamation „Männer Schlesiens“ an die Öffentlichkeit. In diesen Dokumenten verurteilte er die inzwischen erfolgte Auflösung der Berliner Bürgerwehr, erklärte sich für die Berliner Nationalversammlung und trat im Interesse des nun unvermeidlich erscheinenden Kampfes gegen den Staatsstreich der Krone für die Einigkeit der Verteidiger der Nationalversammlung ein.¹⁸ Dahinter stand die gesamte Breslauer Demokratie.

Doch beließ es dieses revolutionäre Gremium nicht bei Adressen. Es hatte unter seinem Sprecher Rawitscher schon am 11. November mit einer Delegation die Stadtverordnetenversammlung bedrängt, sich dem Aufruf des Volksvereins für die Nationalversammlung anzuschließen.¹⁹ Damit unterstützte der Permanente Ausschuss faktisch den selbständigen

13) Hierzu und zum Folgenden siehe v. a. die Berichte in den Breslauer Zeitungen: AOZ, 13.–22. November 1848; BZ, 15. November 1848, S. 2829; SZ, 14.–18. November 1848; ferner STEIN (wie Anm. 5), S. 366 ff.

14) AOZ, 12. November 1848, 1. Beil., S. 3: Kommunalangelegenheiten; BKB, 13. November 1848, S. 4.

15) AOZ, 8. September 1848, Beil., S. 2: Sitzung vom 6. September. 16) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 2:

Permanenter Bürgerwehr-Ausschuss. 17) GStA PK, I. HA Rep. 169 C, Nr. 1, Bd. 2, Bl. 112. 18) AOZ,

13. November 1848, Beil., S. 2; SZ, 14. November 1848, S. 2993; Abschrift in: GStA PK, I. HA Rep. 169 C,

Nr. 1, Bd. 2, Bl. 113–114v.; BKB, 16. November 1848, S. 3. 19) AOZ, 12. November 1848, 1. Beil., S. 3: Kommu-

nalangelegenheiten.

Vorschlag Dyhernfurths, dem die Versammlung dann auch folgte. Schon am 10. November hatte sich der Kern des demokratischen Blocks, die Zentralkommission der Bürgerwehrklubs, zum Magistrat begeben und auf ihre Forderung hin von diesem 6 000 Taler für die Bewaffnung der Bürgerwehr bewilligt erhalten.²⁰

Hauptanliegen des demokratischen Permanenten Ausschusses war jedoch die Bildung eines Sicherheitsausschusses. Er setzte am 12. November den Magistrat unter Druck, schleunigst einen Ausschuss aus Magistrat und Stadtverordneten zu bilden und zu diesem gewählte Vertrauensmänner aus der Bevölkerung hinzuzuziehen.²¹ Der Magistrat erklärte sich daraufhin zusammen mit der Stadtverordnetenversammlung für permanent. Der Permanente Ausschuss wählte als Vertrauensmänner: den Stadtgerichtsrat und Vorsitzenden des Deutschen Volksvereins Bernhard Rudolph Pflücker, den Arzt und Vorsitzenden des Arbeitervereins Dr. Sigismund Asch, den Gerichtsassessor und das Mitglied des Demokratischen Hauptvereins Albert Breinersdorf, einen führenden Mann des Hauptvereins, den Buchhändler Carl Rühl, den Frankfurter Abgeordneten Friedrich Wilhelm Schlöffel, der gerade in Breslau weilte, den Arbeiter Steeg aus dem Arbeiterverein, das Vorstandmitglied im Hauptverein, den Kaufmann Stahlschmidt, den in Untersuchungshaft befindlichen Arzt Dr. Louis Borchardt, der dem Volksverein angehörte, und den Soda- und Seifenfabrikanten A. Jankowski, der zum Hauptverein gehörte.²² Für Asch und Schlöffel, die ablehnten, wurden Dr. Weis und der Buchhändler Schumann vorgeschlagen.

Der Permanente Ausschuss der vereinigten demokratischen Vereine, in dem die Bürgerwehrklubs das Rückgrat bildeten, wurde zur vorwärtstreibenden Kraft der Breslauer revolutionären Bewegung in der Novemberkrise. Er berief fortan durchweg die nun fast täglichen Volksversammlungen ein. Von ihm kamen die wichtigsten Vorschläge zur Organisation des Widerstands gegen die Staatsstreichpolitik. Er bombardierte Magistrat und Stadtverordnete und später den Sicherheitsausschuss mit Anträgen. So forderte er am 12. November vom Magistrat, von der Militärleitung in Breslau eine klare Aussage zu verlangen, ob sie für oder gegen die Nationalversammlung ist; auch sollte der Magistrat eine Proklamation an die Soldaten herausgeben.²³

Gemäßigte und Radikale rangen in diesem Gremium um die jeweils wirksamsten Maßnahmen. Sicher gab es in dem nicht öffentlich tagenden Gremium heftige, auch kontroverse Debatten, was Berichte der liberalen „Schlesischen Zeitung“ besonders herausstellten,²⁴ während der Permanente Ausschuss dem nachdrücklich widersprach und im Gegenteil Geschlossenheit betonte.²⁵ Vor allem die Radikalen im Ausschuss, an vorderer Stelle

20) AOZ, 11. November 1848, Beil., S. 2: Tagesgeschichte. 21) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 2: Permanenter Bürgerwehr-Ausschuss. 22) SZ, 16. November 1848, S. 3014. 23) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 2. 24) SZ, 14. November 1848, S. 2992: Breslau, 14. November und Parteimaßregeln: Die Vereinigung der demokratischen Vereine sei rein äußerlich. Im Innern tobe ein Kampf zwischen Blauen und Roten, Besonnenen und Tatlustigen. Einige wollten einen selbständigen Sicherheitsausschuss und eine provisorische Regierung bilden, anstatt wie jetzt nur Vertrauensmänner in ein Gremium von Magistrat und Stadtverordneten zu entsenden. 25) AOZ, 15. November 1848, Beil, S. 2: Erklärung der Zentral-Kommission der Bürgerwehr und der kombinierten politischen Vereine vom 14. November 1848. Die Sitzungen seien nur aus Raumnot nicht öffentlich; man stünde in engem Kontakt mit den städtischen Behörden und es herrschten vor allem keine „Parteisplaltungen“. Es gäbe jetzt nur zwei Parteien: „Wahrer der gesetzlichen Freiheit und Absolutisten“.

Schlöffel und Schlehan, aber auch der Student Hermann Brehmer, der Rustikalvereinsvorsitzende und Landwehrleutnant Hans Gottlieb Ludwig Schlinke, der Baumeister und Premierleutnant Beyse aus dem Landwehrverein, drängten darauf, einen von den Behörden unabhängigen Sicherheitsausschuss einzusetzen, die Steuern nicht mehr abzuliefern, die Provinz zu insurgieren, alle waffenfähigen Männer zu bewaffnen und die Stadt zu verbarrikadieren. Boten sollten in die Herbergen entsandt werden, um Gesellen zu bewaffnen.²⁶ Diese Vorschläge liefen faktisch auf die Organisation einer demokratischen Gegengewalt und die Vorbereitung des bewaffneten Widerstands hinaus. Die von den Radikalen unterbreiteten Maßnahmen, so auch zur Bildung einer provisorischen Regierung, fanden indes im Permanenten Ausschuss keine Mehrheit. Akzeptiert wurde lediglich der Eintritt seiner gewählten Vertrauensmänner in einen gemeinsam mit Magistrats- und Stadtverordnetenvertretern zu bildenden Sicherheitsausschuss.

Während der ersten Wochen der Novemberkrise war das spezifische demokratische Vereinsleben in der Stadt faktisch eingestellt. Der Hauptverein tagte öffentlich nicht mehr; auch über Sitzungen anderer demokratischer Vereine gibt es keine Berichte. Am 24. November erst meldete die „Allgemeine Oder-Zeitung“: „Wir kehren zu den Berichten über die Vereinssitzungen zurück, die wir bisher ausgesetzt haben, weil die Sitzungen in den Vereinen selbst nicht stattfanden.“²⁷ Tatsächlich aber haben manche Vereine in diesen Wochen wohl geschlossene Sitzungen durchgeführt, über die verständlicherweise nichts publiziert wurde.²⁸ Die Breslauer Demokratie konzentrierte jetzt knapp zwei Wochen lang alle Kräfte auf die neuentstandenen Widerstandsorganisationen, namentlich auf den Permanenten Ausschuss der Bürgerwehrklubs und der politischen Vereine. Am 10. November wurde – auch dies ein Zeichen des organisierten Widerstands – der Arzt und entschiedene Demokrat Dr. Heinrich Otto Engelmann vom Magistrat als Oberst und stellvertretender Kommandeur der Breslauer Bürgerwehr bestätigt.

Zur gleichen Zeit hatten sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, der Aufforderung des Permanenten Ausschusses entsprechend, selbst für permanent erklärt und eine gemeinsame permanente Kommission aus 14 Mitglieder gewählt, die sich am 14. November in einen Sicherheitsausschuss verwandelte.²⁹ Dessen Besonderheit ergab sich daraus, dass er nicht nur aus Vertretern von Magistrat und Stadtverordneten bestand, sondern, wie der Bürgerwehrausschuss verlangt hatte, in ihn zugleich gewählte Nichtoffizielle aus der Einwohnerschaft aufgenommen wurden. Von den vom Permanenten Ausschuss gewählten Vertrauensmänner traten in den offiziellen Sicherheitsausschuss ein: Stadtgerichtsrat Pflücker, Assessor Breinersdorf, Kaufmann Stahlschmidt, Buchhändler Rühl und Seifensieder Jankowsky; kurz darauf kamen noch der Armenarzt Dr. Levy, der Lehrer Karl Seltzsam, der als erster die Jacototsche Leselernmethode in Deutschland eingeführt hatte, und der Apotheker Cholewa hinzu. Vom Konstitutionellen Zentralverein waren als Vertrauensmänner der Historiker Universitätsprofessor Röpell und der Kaufmann Fromberg aufgenommen worden.³⁰ Der Sicherheitsausschuss galt mehr oder weniger als Vollzugsorgan des Permanenten Ausschusses der Bürgerwehrklubs und der politischen Vereine,

26) SZ, 14. November 1848, S. 2992. 27) AOZ, 24. November 1848. 28) AOZ, 6. Dezember 1848, Beil., S. 1: Der Demokratische Verein hatte am 4. Dezember nach längerer Unterbrechung wieder eine öffentliche Sitzung. 29) Hierzu und zum Folgenden: SZ, 16. November 1848, S. 3014. 30) AOZ, 15. November 1848, Beil. S. 2.

der seinerseits Forderungen der Massen aufgriff, selbst die Massen mobilisierend agierte und so Druck auf den Sicherheitsausschuss ausübte, der die Vorschläge des Bürgerwehrausschusses realisieren sollte. Im Sicherheitsausschuss lag in diesen Wochen mehr oder weniger die eigentliche Macht.

Seit dem 13. November waren die neuen Machtorgane aktiv. Der Permanente Ausschuss, der schon am 10. November vom Magistrat die allgemeine Bewaffnung gefordert und auf einem Plakat es zur heiligsten Pflicht erklärt hatte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das Recht des Volkes in seinen Vertretern zu verteidigen,³¹ verlangte nun vom Magistrat, die Beschlüsse der Nationalversammlung voll anzuerkennen, den kommandierenden General aufzufordern, die Stellung des Militärs zur Nationalversammlung zu erklären, und schließlich eine Proklamation an die Soldaten zu erlassen, in der diese aufgefordert werden sollten, zum Volk zu stehen.³²

Die erste Volksversammlung mit mehr als 3 000 Teilnehmern fand am 14. November auf dem Neumarkt statt. Sie reagierte erregt auf die Abfuhr, die der König der Delegation der Nationalversammlung erteilt hatte, und erklärte sich mit allen Schritten der Berliner Versammlung einverstanden.³³ Asch warnte jedoch zugleich vor Provokationen und mahnte zu Besonnenheit und Ruhe. Schlinke, Vorsitzender des Rustikalvereins, empfahl, nicht zu früh loszuschlagen, sondern den entscheidenden Moment der preußischen Nationalversammlung abzuwarten. Der Student Paul Börner aus Berlin³⁴ verurteilte voller Empörung die Ermordung Robert Blums in Wien. In der anschließenden Sitzung des Permanenten Ausschusses berichtete ein Mitglied des demokratischen Provinzialausschusses für Schlesien über die Bewegungen in der Provinz, wo überall größte Einigkeit bestehe: „Alles organisiert sich und steht wie ein Mann zur Nationalversammlung.“³⁵ Man verlangte nun Klarheit von den obersten Behörden, namentlich vom Oberpräsidenten Pinder über seine Haltung zur Staatsstreichregierung und zur verfassunggebenden Versammlung. Pinder erklärte zwar das Verhalten der Regierung gegenüber dem Parlament für ungesetzlich, hielt sich ansonsten aber zurück.

Ein von Schlöffel eingebrachter Antrag im Permanenten Ausschuss orientierte bereits am 14. November auf einen Steuerboykott. Der Sicherheitsausschuss sollte aufgefordert werden, das bei der Regierung eingehende Geld umgehend zu überwachen, was dieser jedoch mit der Begründung zurückwies, dass dies noch nicht notwendig sei.³⁶ In die gleiche Richtung zielte die Aufforderung des Permanenten Ausschusses an den Sicherheitsausschuss vom 15. November, Vorsorge zur Sicherung der Gelder aus dem Steueraufkommen zu treffen.³⁷ Die entschieden demokratischen Elemente der Stadt bereiteten sich auf einen fraglos erwarteten Beschluss der Berliner Versammlung zur Steuerverweigerung vor. Er wurde am 15. November in Berlin auch gefasst und schlug tags darauf, am 16. November, wie ein Blitz in der Stadt ein. Die vom Permanenten Ausschuss sofort für den Nachmittag einberufene Volksversammlung mit 10 000 Teilnehmern reagierte mit Jubel und Begeisterung und verlangte eine sofortige Stellungnahme vom Magistrat, der sich auch umgehend

31) STEIN (wie Anm. 5), S. 367. 32) BZ, 15. November 1848, S. 2829. 33) Ebenda. 34) Zu Börner siehe: Heinz WARNECKE, Paul Börner (1839–1885). Vom Studentensprecher in der Berliner Achtundvierziger Demokratie zum engagierten Arzt und Verfechter öffentlicher Gesundheitspflege, in: Walter SCHMIDT (Hg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010, S. 137–178; AOZ, 15. November 1848, Beil., S. 2. 35) Ebenda. 36) Ebenda. 37) AOZ, 16. November 1848, Beil.

für den Beschluss erklärte und sich für die Einbehaltung der Steuern aussprach.³⁸ Hingegen hielt sich der Oberpräsident weiterhin zurück. Er gab vor, sich vor einer offiziellen Anzeige nicht festlegen zu können.

Die unklare Haltung des Oberpräsidenten veranlasste den Permanenten Ausschuss, für den 17. November eine erneute Volksversammlung einzuberufen, die zu einem Höhepunkt der revolutionären Bewegung in der Stadt wurde. Nach der Zustimmung des Magistrats zum Steuerverweigerungsbeschluss der Nationalversammlung galt es, die politisch Verantwortlichen für die ganze Provinz zu einer Entscheidung für oder gegen die Nationalversammlung zu zwingen.³⁹ Der radikal-demokratische Student Hermann Brehmer⁴⁰ eröffnete die von 10 000 besuchte Versammlung auf dem Neumarkt mit der Forderung an den Oberpräsidenten, sich endgültig zu erklären, „damit seine Stellung zur Nationalversammlung und damit zum Volke klar werde.“ Denn nur der könne ferner noch Beamter sein, der den Willen des Volkes erfülle. König, Dellbrück und der Schriftsteller Martin May unterstützten diese Forderung. Man würde zu offenem Widerstand gezwungen sein und müsste zu entschiedenem Handeln übergehen, wenn sich Pinder nicht der Nationalversammlung unterordne. Um der Forderung gehörigen Nachdruck zu verleihen, beschloss die Versammlung gegen die abwiegelnde Rede Aschs, der erneut zu Ruhe aufrief und vor Unbesonnenheit warnte,⁴¹ und unter Umgehung des ansonsten zuständigen Sicherheitsausschusses direkt zum Oberpräsidium zu marschieren. Angesichts des massiven Massendrucks erklärte Pinder nun sowohl in einem Schreiben an den Magistrat als auch in einer Rede vor den Massen, dass er den Beschluss der Nationalversammlung für bindend halte und nichts gegen ihn unternehmen werde.⁴² Eine gleichzeitig abgesandte Deputation zum Präsidenten des Kriminalsenats, die, um der Gefahr einer gewaltsamen Befreiung vorzubeugen, die Freilassung politischer Gefangener durchsetzen sollte, erbrachte nur die Befreiung des in den Sicherheitsausschuss gewählten Borchardt, der sich auch umgehend in das Sicherheitsgremium begab.

Adressen-Protestbewegung in der Provinz

Inzwischen hatten die Proteste gegen den Staatsstreich und die Solidaritätsbekundungen für die verfolgte Nationalversammlung die ganze Provinz erfasst. Schon am 12. November hatte ein Adressensturm nach Berlin eingesetzt. Es gab kaum eine größere Stadt in Schlesien, von der nicht Adressen der Zustimmung zur Handlungsweise der konstituierenden preußischen Versammlung abgesandt wurden. Darunter waren zuweilen auch gleichzeitige Schreiben an den König, in denen um Rücknahme der Entscheidungen über die Einsetzung des Ministeriums Brandenburg und über die zeitweilige Aussetzung und Verlegung des Parlaments angehalten wurde. Häufig meldeten sich — so in Brieg, Beuthen, Bunzlau, Cosel, Festenberg, Frankenstein, Freiburg, Glatz, Glogau, Görlitz, Landeshut, Liegnitz,

38) AOZ, 17. November 1848, Beil., S. 2. **39)** SZ, 18. November 1848, S. 3033; AOZ, 18. November 1848, Beil., S. 1. **40)** Zur Biographie siehe: Walter SCHMIDT, Hermann Brehmer (1826–1889). Der Weg eines schlesischen Achtundvierziger Radikaldemokraten zum Begründer der modernen Tuberkulosebehandlung, in: Walter SCHMIDT (Hg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, S. 179–222. **41)** Denkwürdige Jahre (wie Anm. 5), S. 64; Dagmar NIČK, Jüdisches Wirken in Breslau. Eingeholte Erinnerung. Der alte Asch und die Bauers, Würzburg 1998, S. 16. **42)** Denkwürdige Jahre (wie Anm. 5), S. 65 f.

Löwenberg, Mittelwalde, Münsterberg, Neiße, Ohlau, Patschkau, Ratibor, Schweidnitz, Strehlen und Striegau⁴³ —, zumeist von den demokratischen Vereinen der Stadt aufgefordert und bedrängt, die Magistrate und/oder zumindest die Stadtverordnetenversammlungen zu Wort, um dem Berliner Parlament zur Seite zu stehen und den Staatsstreich der Krone zu verurteilen. In Brieg veröffentlichten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ein Plakat mit ihrer Zustimmung zur Nationalversammlung. „Die Bürgerschaft ist vom besten Geiste beseelt“, heißt es in einem Bericht von der Sitzung des demokratischen Vereins vom 10. November. „Auf den umliegenden Dörfern ist die Volksbewaffnung vollständig (Lanzen, Heugabeln). Im Notfalle ist man entschlossen, alle Steuern zu verweigern.“⁴⁴ Überall machten die demokratischen wie die Bürgerwehr- und Landwehrvereine oder die Vertrauens- und Wahlmänner mobil, sandten eigene Adresse nach Berlin und organisierten — so in Friedeberg, Hirschberg und Oppeln — Volksversammlungen, auf denen von der Nationalversammlung verlangt wurde, sich permanent zu erklären. Im Hirschberger Tal wurde auf den Dörfern, wie es heißt, eifrig die Bewaffnung betrieben.⁴⁵ In Glogau konstituierte sich in der Novemberkrise aus den radikalen Elementen des deutsch-volkstümlich-konstitutionellen Verein ein rein demokratischer Verein; zugleich aber wirkten alle Vereine — demokratischer, volkstümlich-konstitutioneller, Rustikal- und Bürgerwehrverein — zusammen und beriefen bereits am 12. November zu einer Solidaritätsversammlung für die Nationalversammlung ein.⁴⁶ In Bolkenhain, Conradsdorf bei Haynau, Guhrau, Hultschin, Leobschütz, Mittelwalde, Neustadt/OS und Waldenburg schlossen sich große Volksversammlungen den Adressen der Magistrate oder der demokratischen Vereine an. Die Rustikalvereine standen nicht nach, so im Kreis Glogau, in Lüssen, Kreis Striegau, im Kreis Wohlau und in der Grafschaft Glatz.⁴⁷ Der Liegnitzer Rustikalverein versicherte auf seiner Kreisversammlung am 12. November der Nationalversammlung, ihre Rechte mit allen Mitteln verteidigen zu wollen.⁴⁸ Der Rustikalverein der Grafschaft Glatz erklärte, dass die Landbewohner keine Steuern mehr zahlen würden, solange das Ministerium Brandenburg besteht. Die Grafschafter Rustikalen forderten in einer Flugschrift sogar ihre Söhne auf, aus der Armee nach Hause zurück zu kehren, und drohten ihnen, sollten sie das nicht tun, Fluch und Enterbung an.⁴⁹ In Liegnitz wurde auf einer Konferenz von Magistrat, Stadtverordneten und einem Bürgerwehrausschuss am 14. November beschlossen, eine Kommission, faktisch einen Sicherheitsausschuss zu bilden, von dem alle wichtigen Fragen erörtert und Beschlüsse gefasst werden sollten.⁵⁰ Auch in anderen schlesischen Städten bildeten sich — so nachweislich in Bernstadt, Brieg, Freiburg und Neustadt — Sicherheitsausschüsse. In Oberschlesien formierten sich in der Novemberkrise erstmals selbständige polnische demokratische Klubs. Die Demokratie, so

43) SZ, 14., 15., 18., 19. und 21. November 1848, S. 2993, 3004, 3006, 3042, 3054; AOZ, 19. November 1848, S. 1–2; 20. November 1848, Beil., S. 3; BKB, 20. November 1848, S. 2–4; 23. November 1848, S. 2 und 4; 4. Dezember 1848, S. 3–4. 44) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 3. 45) BKB, 16. November 1848, S. 4. 46) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 3. 47) BKB, 20. November 1848, S. 2; 23. November 1848, S. 2–4; 30. November 1848, S. 4; 4. Dezember 1848, S. 3–4. 48) AOZ, 14. November 1848, Beil., S. 2. 49) AOZ, 19. November 1848, Beil., S. 1; BKB, 30. November 1848, S. 4. Helmut BLEIBER, Für eine demokratische Lösung der Agrarfrage — Bauernbewegungen in der Revolution 1848/49 in der Grafschaft Glatz, in: Helmut BLEIBER/Walter SCHMIDT, Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, I. Halbbd., Berlin 2007, S. 295 f. 50) AOZ, 16. November 1848, Beil., S. 2; 22. November 1848, I. Beil., S. 4.

heißt es in einem Stimmungsbericht aus Beuthen,⁵¹ feiert hier erst Erfolge, nachdem man das politisch-soziale Leben auch auf den nationalen Boden Oberschlesiens gepflanzt und durch Gründung polnischer Klubs auf den polnischen Oberschlesier zu wirken begonnen hat. Nicht nur im Kreis Beuthen, sondern auch in anderen Kreisen müssten polnische Vereine gegründet werden. Man müsse sich frei machen von dem Wahn, dass in Oberschlesien nur Deutsche leben würden. „Der Ausspruch einer Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Preußen wird die Oberschlesier polnischer Zunge aus einem misstrauenden in ein vertrauendes Volk umwandeln, das einzige zukünftige Band, welches die Völker Preußens oder auch Deutschlands zusammenhalten wird.“

Steuerverweigerungen in der Provinz

Mit dem Steuerverweigerungsbeschluss der preußischen Konstituante vom 15. November nahm die Bewegung in der schlesischen Provinz eine neue Qualität an. Die Demokraten vor allem begrüßten diese parlamentarische Legitimation des Widerstands gegen ein als hochverräterisch qualifiziertes Staatsministerium; deren radikaler Flügel zumal setzte nun alles daran, diesen Beschluss in die Wirklichkeit umzusetzen. Seine Realisierung beschlossen in der Tat wie in Breslau so auch mehrere Stadtverwaltungen in der Provinz, zumeist unter dem Druck der jeweiligen demokratischen Vereine. Effektiv und erfolgreich ist der Steuerboykott in Schlesien zwar ebenso wenig wie in anderen preußischen Provinzen geworden. Eine flächendeckende Verweigerung kam auch in Schlesien nicht zustande. Gleichwohl gab es an verschiedenen Punkten der Provinz Versuche, den Beschluss der Nationalversammlung nicht nur zu akzeptieren, sondern ihn auch zu verwirklichen. Es blieb allerdings zumeist bei entsprechenden Forderungen von Demokratenvereinen und bei oft von Demokraten erzwungenen Beschlüssen von Stadtverordnetenversammlungen und seltener auch von Magistraten. Deren Umsetzung indes unterblieb entweder oder blieb in den Anfängen stecken. Der Steuerboykott scheiterte schon nach wenigen Tagen, da die Kräfte der Konterrevolution, gestützt auf das Militär, schnell die Oberhand gewannen und die Magistrate überall zurückwichen. Am 1. Dezember 1848 resümierte der neue schlesische Oberpräsident v. Schleinitz in seinem Tagesrapport über die politischen Zustände dennoch, dass der Steuerverweigerungsbeschluss „in fast allen Teilen der Provinz Aufregung hervorrief und an vielen Orten meistens unter dem Einfluße des Terrorismus der Demokraten zu ungesetzlichen Schritten veranlasste.“⁵²

Im Regierungssitz Liegnitz hatten sich zunächst sämtliche städtischen Institutionen für die Anerkennung aller Schritte der verfolgten Nationalversammlung, auch des Steuerverweigerungsbeschlusses, erklärt und am 14. November auf Veranlassung der Bürgerwehr unter v. Merckel einen Sicherheitsausschuss aus je drei Vertretern von Magistrat und Stadtverordneten sowie sechs Bürgerwehrvertretern gebildet,⁵³ dann aber unter dem massiven Druck der Regierung einen Rückzieher gemacht und abgelehnt, ihn auszuführen.⁵⁴ Der Demokratische Verein übte am 24. November scharfe Kritik am Einknicken der städtischen

51) AOZ, 22. November 1848, I. Beil., S. 4. 52) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 142: Tagesrapport v. Schleinitz, 1. Dezember 1848. 53) AOZ, 16. November 1848, Beil.; zur Tätigkeit des Liegnitzer Sicherheitsausschusses siehe: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 459 Nr. 4 Bd. 4 (unpaginiert): Sitzung des Staatsministeriums vom 13. Januar 1851 zur Disziplinaruntersuchung wider den Bürgermeister Krüger zu Liegnitz. 54) AOZ, 26. November 1848, I. Beil., S. 4.

Behörden und verteidigte die Steuerverweigerung als ein praktisches konstitutionelles und nicht republikanisches Mittel gegen eine hochverräterische Regierung.⁵⁵

In Görlitz stimmte der Magistrat am 18. November den Beschlüssen der Nationalversammlung zu, beschloss, die Kassen zu beschlagnahmen, und machte dies durch ein Plakat auch öffentlich.⁵⁶ Er machte aber schon nach wenigen Tagen unter dem Druck der Liegnitzer Regierung seine Entscheidung wieder rückgängig, gab am 21. November die beschlagnahmten Kasse wieder heraus und forderte am 25. November zu richtiger Steuerabgabe auf.⁵⁷ Daraufhin sah die Regierung von Maßnahmen gegen den Magistrat ab und wollte nur gegen jene Magistratsmitglieder vorgehen, die das Plakat verfasst hatten.

Überhaupt fällt auf, dass die zentralen wie Provinzbehörden die Steuerverweigerungen anfangs herunterspielten. Die Offiziellen der Provinz wollten, nachdem sich die alten Machtverhältnisse wieder stabilisierten, gegenüber Berlin nicht schlecht dastehen. Aber es galt wohl auch, im Interesse der Machtstabilisierung kein zusätzliches Öl ins Feuer zu gießen. Die Regierung in Breslau erklärte daher am 25. Januar 1849 in einem Schreiben ans Innenministerium zur Beteiligung von Beamten am Steuerverweigerungsbeschluss, dass zwar mehrere Magistrate sich in der ersten Aufregung und „terrorisiert“ von den Demokraten hinreißen ließen, in Beschlüssen und Erklärungen ihre Sympathien für die beschlossene Steuerverweigerung kundzugeben; aber nirgendwo sei es zu einer Ausführung dieser Beschlüsse gekommen und die Erklärungen seien bald wieder zurückgenommen worden. Daher sei es unangemessen, gegen die Magistrate nachträglich disziplinarisch einzuschreiten.⁵⁸ Das Innenministerium überließ es daraufhin der Breslauer Regierung, ob sie gegen Beamte mit Entfernung einschreiten wollte.⁵⁹

Gleichwohl hat die Konterrevolution, nachdem sie ab Anfang Dezember einigermaßen fest im Sattel saß, unerbittlich Rache geübt und neben aktiven Demokraten auch weichgewordene Bürgermeister abgestraft. So wurde der Liegnitzer Bürgermeister August Leopold Krüger nicht nur im Oktober 1849 suspendiert, sondern verlor trotz eines mäßigen Plädoyers des Oberpräsidenten nach einer Disziplinaruntersuchung im Januar 1851 wegen „seines Verhaltens in den politischen Bewegungen des Jahres 1848“ endgültig seinen Posten.⁶⁰ Auch der Bürgermeister von Bernstadt, Wilhelm Basset, musste trotz gerichtlichen Freispruchs das Amt Anfang der 1850er Jahre zur Verfügung stellen.⁶¹

Auch in Löwenberg schlug sich der Magistrat auf die Seite der Nationalversammlung, bildete einen Sicherheitsausschuss und nahm Verbindung zu anderen schlesischen Städten auf. Der Bürgermeister weigerte sich, Plakate mit dem Aufruf zur Steuerverweigerung zu entfernen. Er wurde daraufhin vom Amte suspendiert, in die Disziplinaruntersuchung genommen und ihm im Oktober 1850 jegliche Pension verweigert.⁶² Der aufwieglerische

55) AÖZ, 5. Dezember 1848, Beil., S. 2. 56) AÖZ, 25. November 1848, Beil., S. 3; BKB, 7. Dezember 1848, S. 4; GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 454 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 60 ff. 57) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 3; Bericht der Regierung Liegnitz an MdI, 27. November 1848; GStA PK, Rep. 77 Tit. 496a Nr. 15 Bd. 1, Bl. 97–99; Regierung Liegnitz an Magistrat Görlitz, 7. Dezember 1848. 58) GStA PK, Rep. 77 Tit. 496a Nr. 15 Bd. 2, Bl. 78v. 59) Ebenda, Bl. 79. 60) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 459 Nr. 4 Bd. 4 (unpaginiert), Juni 1849–Januar 1851; Arnold ZUM WINKEL, Die Stadt Liegnitz seit der Einführung der Städteordnung im Jahre 1809, Liegnitz 1913, S. 215 f. 61) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2963 Nr. 3 (unpaginiert). 62) Zu Löwenberg siehe GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2005 Nr. 9, Bd. 1 (unpaginiert).

Referendar Vanselow wurde vom Oberlandesgericht Breslau sofort aus Löwenberg abberufen. Zwölf Dörfer im Kreis Löwenberg erwiesen sich Ende November als säumige Steuerzahler.⁶³ Der Laubaner Magistrat hatte ebenfalls beschlossen, die eingegangenen Steuern nicht weiterzuleiten, nahm aber kurz darauf seine Festlegung wieder zurück.⁶⁴ In diesem Kreis waren Ende November 29 Gemeinden mit der Steuerzahlung im Rückstand.

Besonders regierungsfeindlich tat sich die Stadt Muskau hervor.⁶⁵ Hier hatten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Einbehaltung der Steuern beschlossen und der Magistrat dies in einem Plakat der Bevölkerung mitgeteilt.⁶⁶ Zugleich aber gab es „Störungen“ bei der Arretierung widerständiger Landwehrmänner. Juristisch wurde gegen den Bürgermeister Karl Friedrich Leopold Radicke, den Kantor Berth und die Stadtverordneten, darunter Kupko und Sallman, vorgegangen. Ihnen wurde die Hauptschuld für die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss der Nationalversammlung gegeben. Sie wurden im September 1849 wegen gewaltsamen Umsturzversuchs mehrere Wochen in Haft genommen, am 12./13. Oktober 1849 aber vom Schwurgericht in Görlitz freigesprochen.⁶⁷ Die gegen Radicke schon im Dezember 1848 ausgesprochene Amtssuspension wurde jedoch aufrecht erhalten und am 4. Oktober 1851 vom Staatsministerium endgültig bestätigt.

Größere Aufregung zog der Beschluss zur Steuerverweigerung im Grünberger Kreis nach sich, so dass sogar Truppen aufs Land geschickt werden sollten, „da ein Zurücktreten gegen die beschlossene Steuerverweigerung in dem erwünschten Maße noch nicht sichtbar ist“.⁶⁸ In Bunzlau wurde gegen den Kreissteuereinnahmer Sommer und den Kammergerichtsassessor Zwettwach, beide Mitglieder des demokratischen Vereins, wegen positiver Haltung zum Beschluss vom 15. November eine Untersuchung eingeleitet.⁶⁹ Sommer hatte an einem Beschluss der Stadtverordneten für die Nationalversammlung mitgewirkt und Zwettwach lediglich den Parlamentsbeschluss vom 15. November verteilt.

In Glogau ging die Stadtverordnetenversammlung voran und erklärte sich am 17. November für einen Steuerboykott.⁷⁰ Die Liegnitzer Regierung machte zunächst den Vorschlag, die Glogauer Stadtverordnetenversammlung wegen „offenbar revolutionärer und schlechter Gesinnungen und Tendenzen“ aufzulösen, was der Oberpräsident aber ablehnte.⁷¹ Der Bürgermeister wurde jedoch suspendiert, obwohl er sich der Zustimmungsadresse der Stadtverordneten nicht angeschlossen hatte. Im Juli 1849 wurde gegen ihn sowie vor allem gegen den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Paschke und sieben weitere Stadtverordnete wegen Hochverrats Anklage erhoben und einige Verhaftungen vorgenommen.⁷² Auf den Dörfern des Kreises sollen die „Wühlereien der politischen und Rustikalvereine“ zwar wenig Wirkung gezeigt haben, doch Töppendorf und Jaetschau hielten unter dem Einfluss des Rustikalvereins ihre Steuern zurück. In Jaetschau hatte der Gerichtsschulze Ullmann die gesamte Gemeinde dafür gewonnen und sollte deswegen amtsentsetzt werden.⁷³ Wegen

63) GStA PK, Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 3. 64) Ebenda, Bl. 4 f. 65) Ebenda, Bl. 12 f. 66) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 3048 Nr. 4: Komunalangelegenheiten Muskau (unpaginiert). 67) Ebenda. 68) GStA PK, Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 3. 69) Ebenda, Bl. 34, 86 f., 90; GStA PK, Rep. 77 Tit. 496a Bd. 1, Bl. 142. 70) AOZ, 24. November 1848, I. Beil., S. 4. 71) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 454 Nr. 6, Bd. 1: Kommunalangelegenheiten Glogau, Bl. 60 ff, 83 ff. 72) GStA PK, Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 4 f. und 309. 73) GStA PK, Rep. 77 Tit. 496a Nr. 15 Bd. 1, Bl. 172 f.

Steuerverweigerungsumtrieben wurde auch gegen den späteren Glogauer Abgeordneten der zweiten Kammer Heytemeier und den Redakteur des demokratischen „Niederschlesischen Anzeigers“, den Lehrer Karl Gottfried Ansorge eine Untersuchung eingeleitet.

Der Hirschberger Magistrat erklärte sich zunächst für die Steuerverweigerung, zog seine Zustimmung aber rasch mit dem fadenscheinigen Argument zurück, der Beschluss sei nicht als Gesetz verkündet worden.⁷⁴ In Schweidnitz erklärten sich nur die Stadtverordneten für den Steuerverweigerungsbeschluss, während der Magistrat sich bedeckt hielt.⁷⁵ Dank der „Wühlereien des Rustikalvereins“ im Waldenburger Kreises entschlossen sich die Bewohner der Gemeinden Alt-Liebichau und Freudenberg, keine Steuern mehr abzuliefern.⁷⁶ In der Stadt Waldenburg wurden am 17. November die Staatskassen beschlagnahmt und das Steueramt von der Bürgerwehr besetzt.⁷⁷ Aus Waldenburg selbst wurde der eingesetzte Landratsverweser Regierungsreferendar Hülsen abberufen, weil er nicht energisch gegen die Steuerverweigerungen vorgegangen war.⁷⁸ In Parchwitz wandte sich der Demokratische Verein am 17. November mit der Aufforderung „An die Schlesischen Landsleute“, der Nationalversammlung beizustehen.⁷⁹ Der regierungstreue Bürgermeister hat nur durch herbeigerufenes Militär dem Druck der Demokraten widerstehen können, denen er nun, da sie ja die Schuld trügen, die Einquartierungen aufbürdete.⁸⁰

In Freiburg setzten die Demokraten, angeführt vom Vorsitzenden des Demokratischen Vereins, dem Bürger Rothkirch, eigentlich Baron Friedrich von Rothkirch, die Stadtverwaltung unter Druck und erzwangen eine Zustimmung zur Steuerverweigerung.⁸¹ Freiburg war überdies als Sammelpunkt für einen Freischärlerzuzug aus dem Gebirge nach Breslau vorgesehen, wofür der Demokratenverein sich ebenfalls stark einsetzte. Kein Wunder, dass Rothkirch sowie Dr. Panthen schon Anfang Dezember 1848 verhaftet und nach Schweidnitz ins Gefängnis gebracht wurden.⁸²

Besonders wirkungsvoll war die Agitation der Demokraten im Kreis Hirschberg.⁸³ Schmiedeberg im Riesengebirge war hier das Widerstandszentrum. In Schmiedeberg wurde die Salerienkasse von Magistrat und Bürgerwehr beschlagnahmt und eine Ablieferung der Gelder untersagt. Besondere Verdienste um die Anwendung der Steuerverweigerungsbeschlusses im gesamten Kreis erwarb sich der Lehrer Conrad aus Steinseiffen. Er trüge, so heißt es im Bericht des Landrats, „einen großen Teil Schuld daran ..., dass die Steuerverweigerung 8 Tage bis 3 Wochen im Kreise fast allgemein war“. Conrad veranlasste, dass am 22. November auf einer Versammlung des Kreis-Rustikalvereins in Warmbrunn beschlossen wurde, die Steuern vollständig zu verweigern. Nahezu sämtliche Gemeinden lieferten die Steuern, ca. 3300 Taler, nicht zur festgesetzten Zeit ab, einige verzögerten dies bis zu drei Wochen. In Warmbrunn forderte der Polizeikommissar Schönfeld zur Verweigerung auf und nannte die, die es ablehnten, Hochverräter. In Fischbach trug der Gastwirt Schmidt der versammelten Gemeinde den Parlamentsbeschluss vor und forderte die Anwesenden auf, sich schon gezahlte Gelder zurückzuholen. In Steinseiffen,

74) AÖZ, 24. November 1848, I. Beil., S. 4. 75) AÖZ, 24. November 1848, I. Beil., S. 4. 76) GStA PK, Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 382–385. 77) Silesia. Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Leben, 24. November 1848, S. 723. 78) GStA PK, Rep. 77 Tit. 496a Nr. 15 Bd. 2, Bl. 78. 79) Silesia, 21. November 1848, S. 712. 80) AÖZ, 29. November 1848, Beil., S. 2–3. 81) AÖZ, 19. November 1848, S. 2. 82) AÖZ, 10. Dezember 1848, Beil., S. 3. 83) Dazu und zum folgenden GStA PK, I. HA Rep. 97 Xa Nr. 65, Bl. 8–10v.

Stohnsdorf, Reibnitz und Hermsdorf haben außer Conrad auch die Lehrer Käßner und Geitsch sowie der Kandidat Jung zur Steuerverweigerung aufgefordert. Gegen alle Aktiven wurden Kriminaluntersuchungen eingeleitet. Ob und inwieweit sie auch verurteilt wurden, ließ sich nur teilweise ermitteln.

Auch Oberschlesien blieb von Steuerverweigerungs-Aktionen nicht verschont. Die eigentlichen Akteure waren auch hier die Demokraten in den Städten. Die republikanische Partei wühle unablässig und verderbe die öffentliche Meinung, beklagte der Oppelner Regierungspräsident v. Pückler am 19. November in seinem Tagesreport ans Innenministerium.⁸⁴ Sie stütze sich dabei auf das Breslauer Beispiel und berufe sich vor allem auf die Erklärung Pinders für den Steuerverweigerungsbeschluss. Oppeln, Leobschütz, Ratibor und Neustadt waren als Herde der Demokratie in Oberschlesien auch in der Steuerboykottfrage besonders aktiv. Die Oppelner Bürgerwehr habe die wichtigsten Republikaner zu ihren Führern gewählt, weswegen auf die Bürgerwehr nicht mehr zu rechnen sei. Die Stadtverordneten im Regierungssitz Oppeln wurden durch den Druck einer Volksversammlung zu einer Zustimmungsadresse für die Nationalversammlung gedrängt.⁸⁵ Auch wurde ein Sicherheitsausschuss gebildet, der sich an die Seite und über die Behörden setzen wollte, was Magistrat wie Stadtverordnete jedoch zurückwiesen. Der Goldarbeiter Pfautz aus dem demokratischen Verein verbreitete hier ein Plakat mit der Aufforderung zur Steuerverweigerung. Besonders hervor tat sich der Oberlandesgerichtsassessor Cirves, der die Bürgerwehr in Aufregung versetzte, aber zum Leidwesen des Regierungspräsidenten nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern nur aus Oppeln abgezogen und zum Kreisgerichtsdirektor nach Rosenberg versetzt wurde.⁸⁶

In Leobschütz, Neustadt und Ratibor interpellierten die demokratischen Klubs, um die Verwaltung der Steuereinkassen unter Kontrolle zu bekommen und den Verkehr der Kreiskassen lahm zu legen. Das sei zwar nicht gelungen, doch fürchtete der Oppelner Regierungspräsident, dass die Verleitung von Steuerpflichtigen, keine Einzahlungen vorzunehmen, Erfolg haben könnte.⁸⁷ Ob die befürchtete Zurückstellung der Steuern wirklich geschehen wird, werde erst die Zukunft zeigen.⁸⁸ In Ratibor war zu Volksversammlungen am 17. und 19. November mit deutsch- und polnischsprachigen Plakaten eingeladen worden.⁸⁹ Die Demokraten setzten sich dafür ein, eine Absendung der Steuern durch Kontrolle des Hauptsteueramtes zu verhindern, was misslang. Die Volksversammlung vom 19. November erließ in deutsch und polnisch einen Aufruf ans Landvolk: Es sei Pflicht der Provinzen, die Berliner Versammlung zu verteidigen. Man dürfe die preußische Hauptstadt nicht wie Wien in Österreich im Stich lassen. Die Demokraten riefen dazu auf, Volkswehren in Stadt und Land ins Leben zu rufen. In Neustadt, wo nach Meinung des Oppelner Regierungspräsidenten „das demokratische Element sehr die Oberhand gewonnen hatte“, wurde die Steuerverweigerung adoptiert und versucht, die königlichen Kassen in Beschlag zu nehmen.⁹⁰ Auch hier ging der Demokratische Verein voran. Unter seinem Einfluss beschlossen die Stadtverordneten, dem Beschluss der Nationalversammlung beizutreten, die Steuern zwar einzuziehen, aber nicht weiterzugeben und einen Sicherheitsausschuss zu

84) GStA PK, Rep. 77 Tit. 507 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 76. 85) Ebenda, Bl. 68–70, 77–78. 86) Ebenda, 383 f. 87) Ebenda, Bl. 75 f. 88) Ebenda, Bl. 85 f. 89) Zum Folgenden AOZ, 23. November 1848, Beil., S. 2. 90) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 3096 Nr. 1 Bd. 2 (unpaginiert): Bericht des Oppelner Regierungspräsidenten vom 24. Dezember 1851. 91) BKB, 23. November 1848, S. 4.

bilden.⁹¹ Ein Kreistag aus 40 Gemeinden schloss sich dem Steuerverweigerungsbeschluss an und wählte einen Kreis-Sicherheitsausschuss, der aber wohl nicht mehr recht in Aktion trat. In Leobschütz unterschrieben Mitglieder von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die Adresse einer von Demokraten und Konstitutionellen einberufenen Volksversammlung, die den Beschlüssen der Berliner Versammlung zustimmte; und die Bürgerwehr beschloss, ein Freikorps zu bilden, zu dem die Landleute hinzugezogen werden sollten.⁹² Ein Erfolg des Steuerboykotts blieb jedoch versagt.⁹³ In Falkenberg zog am 17. November nach einer Volksversammlung ein Zug der Bürgerwehr unter der Leitung des Tierarztes Wirkner, eines „Schülers“ von Reichenbach, unter der roten Fahne zum Rathaus und erzwang vom Magistrat die Herausgabe von Gewehren.⁹⁴ Erst der Einsatz einer Kompanie Infanterie machte die Aneignung von Waffen durch das Volk wieder rückgängig.⁹⁵

Gegen die demokratischen Protagonisten der Steuerverweigerung in Oberschlesien wurde zumeist Anklage erhoben, so gegen den Demokratenchef von Neustadt Alexander Leithold, der indes ebenso wie die anderen Teilnehmer der so genannten November-„Tumulte in Neustadt“ vom Schwurgericht in Neiße am 12. Juli 1851 freigesprochen wurde.⁹⁶ Auch die Führer der Leobschützer Aktionen, der Justizkommissar Ziks und der Gerichtsassessor Wolff, wurden wegen Hochverrats vor Gericht gezerrt.⁹⁷ Freigesprochen und aus der Haft entlassen wurden zum Entsetzen des Oppelner Regierungspräsidenten die „Aufwiegler“ von Falkenberg.⁹⁸

Auf dieser Welle des gesteigerten Widerstands schickte die Bürgerwehr von Ratibor am 17. November eine Abordnung mit dem Antrag nach Breslau, eine Versammlung von Vertrauensmännern der schlesischen Städte in die Hauptstadt zu berufen, um die Verbindung zwischen Hauptstadt und Provinz und ein gemeinsames Vorgehen herzustellen. Diese Versammlung sollte erklären, dass sich ganz Schlesien zugunsten des Berliner Parlaments erheben würde, wenn es nicht binnen zwei Tagen frei von Militärgewalt tagen könnte.⁹⁹ Der Breslauer Sicherheitsausschuss hielt die Einberufung einer solchen Vertrauensmännerversammlung aus der ganzen Provinz jedoch nicht für rasch realisierbar und empfahl daher zunächst nur eine entsprechende Proklamation an die Provinz zu erlassen, in der zu einer solchen Zusammenkunft aufgefordert wurde. Aber schon tags darauf, am 18. November wurde auch eine solche Proklamation vom Sicherheitsausschuss wieder verworfen. Das Blatt begann sich in Breslau zuungunsten der Demokraten zu wenden.

Die Zuspitzung der Situation und die Wende in Breslau

In Breslau spitzte sich nach Pinders Erklärung für die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 17. November die Situation zunächst zu. Der Landwehrverein rückte am 18. November mit 700 Mann vors Rathaus, um Gewehre zur Sicherung der Stadt zu erlangen, blieb jedoch erfolglos.¹⁰⁰ Generell begann sich jetzt unter den liberalen Führungskräften in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine deutliche Aversion gegen so genannte anarchische und terroristische Bestrebungen, also gegen den revolutionär-

92) BKB, 20. November 1848, S. 4. 93) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 73 f. 94) Ebenda. 95) Ebenda, Bl. 93 f. 96) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 468. 97) Ebenda, Bl. 379. 98) Ebenda, Bl. 384: Pückler an Innenministerium, 9. Mai 1849. 99) AOZ, 18. November 1848, Beil., S. 2. 100) Ebenda und AOZ, 19. November 1848, Beil., S. 1; BZ, 18. November 1848, S. 2857; SZ, 18. November 1848, S. 3033; Denkwürdige Jahre (wie Anm. 5), S. 66 f.

demokratischen Druck von unten breit zu machen, was die Aktivitäten des Sicherheitsausschusses lähmte. Eine erneute Volksversammlung vom 18. November machte vor allem auf die Gefahr einer Militärintervention aufmerksam und bekräftigte die Entschlossenheit, der konterrevolutionären Gewalt mit Energie entgegenzutreten zu wollen.¹⁰¹ Man beabsichtigte, die Stadteingänge zu verbarrikadieren. Schlehan forderte deshalb auf, zum Odertor zu eilen, wo am Abend auch eine Barrikade gebaut wurde, die allerdings, da kein Militär anrückte, wirkungslos blieb.

Am 19. November führte die plötzliche Auflösung des Sicherheitsausschusses zunächst zu einer weiteren Verschärfung der Lage. Den Hintergrund bildete eine Attacke der Demokraten im Bürgerwehrklub. Der Bürgerwehrklub hatte am 18. November gefordert, eine selbständige Verwaltungsbehörde zur Sicherung der Steuergelder unter Einbeziehung von Vertrauensmännern aus der Provinz, im Grunde also einen Provinzial-Sicherheitsausschuss einzurichten.¹⁰² Das bedeutete, von Breslau als Zentrum aus den Widerstand in der ganzen Provinz zu organisieren. Als die Führer der Bürgerwehr in der Sitzung des Sicherheitsausschusses am gleichen Tag diese Forderung zu realisieren beantragten, lehnte die gegen jede entschieden revolutionäre Maßnahme eingestellte Mehrheit im Sicherheitsausschuss wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Anarchie dies sofort ab.¹⁰³

Führende Liberale vom Magistrat und von der Stadtverordnetenversammlung traten daraufhin aus dem Sicherheitsausschuss aus. Damit löste dieser sich im Grunde auf.¹⁰⁴ Aber auch im demokratischen Lager hatten sich schon Veränderungen abgezeichnet. Bereits am 18. November hatte sich aufgrund von Differenzen der Zusammenschluss der demokratischen Vereine, mithin der Permanente Ausschuss aufgelöst; der Bürgerwehrklub agierte fortan als alleinige Institution.¹⁰⁵ Da die Vorschläge der vom Permanenten Ausschuss entsandten Vertrauensmänner im Sicherheitsausschuss durchweg auf Ablehnung stießen, sahen auch sie keinen Sinn mehr in dieser Institution und zogen sich zurück. Die zur Verteidigung der preußischen verfassunggebenden Versammlung gerade gewonnenen neuen demokratischen Machtstrukturen lösten sich jetzt im Grunde wieder auf.

In diesem Moment traten die sich für permanent erklärenden Stadtverordneten und der Magistrat in das Machtvakuum und lehnten die geforderte Bewaffnung der Landwehr strikt ab. Die entschiedenen Demokraten gaben aber noch nicht auf. Die Volksbewegung unternahm auf einer Volksversammlung vom 19. November nun den Versuch, auf eigene Faust revolutionär-demokratische Machtverhältnisse herzustellen.¹⁰⁶ Der Magistrat sollte suspendiert werden und die Bezirksregierung abdanken; statt ihrer sollte eine provisorische Regierung eingesetzt werden. Vor allem sollte ein neuer Sicherheitsausschuss gebildet werden, für den drei Mitglieder der Bürgerwehr (Dyhernfurth, Guhrau und Hanf) und drei Vertreter aus dem Magistrat (Beck, Theinert und Frieboß) vorgesehen waren. An die Spitze des neuen Sicherheitsausschusses sollte der Bürgerwehroberst Engelmann treten. Der Magistrat lehnte diese Forderung sofort rundweg ab.

101) BZ, 19. November 1848, S. 2866. **102)** AOZ, 19. November 1848; Denkwürdige Jahre (wie Anm. 5), S. 69 f. **103)** STEIN (wie Anm. 5), S. 376 f. **104)** AOZ, 20. November 1848, Beil., S. 2: „Mit dem Austritt der Vertrauensmänner aus dem Sicherheitsausschuss hat sich dieser aufgelöst. Magistrat und Stadtverordnete haben sich permanent erklärt.“ **105)** SZ, 19. November 1848, S. 3042. **106)** Ebenda, BZ, 20. November 1848; Denkwürdige Jahre (wie Anm. 5), S. 69 f.

Die Auflösung des Sicherheitsausschusses am 19. November markiert eine Wende in der Entwicklung der revolutionären Novemberbewegung in Breslau. Die retardierenden Kräfte in der Stadt gewannen Oberwasser. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die fortan in geheimen Sitzungen tagten, machten jetzt eine deutliche Kehrtwendung; sie brachen die Beziehungen zu den vorwärtsdrängenden revolutionär-demokratischen Elementen in der Stadt, mit denen sie sich bis dahin zusammenarbeiten gezwungen sahen, ab und nahmen, von der Regierung unterstützt, den Kampf gegen die so genannte Anarchie auf. Die Polizei plante seit Beginn der dritten Novemberdekade, weitere Volksversammlungen zu verbieten und gegen „anarchistische Szenen“ vorzugehen. Die Breslauer Regierung erklärte sich am 18. November offen gegen den Sicherheitsausschuss und verlangte eine Untersuchung wegen der Forderung der Bürgerwehr, eine provisorische Regierung einzusetzen.¹⁰⁷ Am 20. November erklärte Pinder, dass er von der preußischen Regierung amtsenthoben worden sei. Das Volk setzte sich für ihn ein und beabsichtigte, sich mit einem Protest nach Berlin zu wenden.¹⁰⁸

Die Situation spitzte sich am 20. November nochmals deutlich zu, als es im Rathaus im Zusammenhang mit dem Abtransport von 2400 Gewehren nach Ratibor zu Auseinandersetzungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten einerseits und der Bürgerwehr andererseits kam.¹⁰⁹ Die Bürgerwehr, die dieses Unternehmen abzusichern hatte, wurde zunächst bewusst übergangen. Als die Massen den Abtransport zu verhindern suchten, brachte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Regenbrecht den Vorschlag ins Gespräch, Militär zu Hilfe zu rufen, was der Bürgermeister ablehnte und stattdessen doch noch die Bürgerwehr einbezog. Die aufgebrachtten Massen verlangten am Abend des 20. November nochmals die Absetzung des Magistrats. Die Bürgerwehr beruhigte jedoch die Massen, die bereits ins Rathaus eindringen. Der Transport wurde schließlich ganz sistiert. Die erneute Forderung der Bürgerwehr, sofort einen neuen Sicherheitsausschuss aus Magistrat und Stadtverordnetenvertretern sowie Vertrauensmännern zu bilden, scheiterte endgültig an der Weigerung des Bürgermeisters Bartsch, der in diesem Falle sein Amt niederlegen wollte.

Die revolutionären Hauptakteure der Ereignisse vom 20. November: der Oberst der Bürgerwehr Engelmann, die Kaufleute Unger, Meyer und Held, die Leutnante Schlinke und Beyse, die sämtlich flüchtig wurden, sowie der Zimmermeister Rogge, der Tapezierer Schadow, ein bisher wenig bekannter, aber entschlossener Demokrat; der Kreisrichter Guhrauer, der Cand. jur. Benecke und der Kontroll-Assistent beim Magistrat Kaylies wurden in Untersuchung genommen und wegen „Terrorisierung des Magistrats“ angeklagt. Ein Breslauer Schwurgerichtsprozess vom 11. Juni 1851 gegen „Dr. Engelmann und Genossen“ sprach Rogge, Schadow und Guhrauer frei und verurteilte Benecke zu sechs und Kaylies zu vier Monaten Gefängnis, wogegen Benecke eine Nichtigkeitsbeschwerde einreichte und Kaylies in Berufung ging. Gegen die Flüchtigen wurden Steckbriefe erlassen.¹¹⁰

Inzwischen hatte sich das Blatt bereits zugunsten der Konterrevolution gewendet. Die führenden Institutionen der Stadt ruderten zurück. Der hohe Senat der Universität lieferte

107) STEIN (wie Anm. 5), S. 378. **108)** AÖZ, 21. November 1848, Beil., S. 2. **109)** SZ, 26. November 1848, S. 3120: Bericht des Magistrats über die Ereignisse im Rathaus vom 24. November 1848; AÖZ, 24. November 1848, I. Beil., S. 2-3: Erklärung des Kommandos der Bürgerwehr, Breslau, 23. November 1848. **110)** GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 5 Bd. 2, Bl. 162 f., 164, 175 f., 177 f., 179-182.

einen Treueschwur auf den König.¹¹¹ Der Konstitutionelle Zentralverein erließ einen Aufruf gegen die Steuerverweigerung. Die vom Magistrat schon genehmigte Bildung einer städtischen Deputation aus von den Bürgerwehrlführern gewählten Vertrauensmännern, die für die Sicherheit der Stadt zuständig sein sollte, lehnten die Stadtverordneten strikt ab.¹¹² Magistrat und Stadtverordnetenversammlung traten von ihrer anfänglichen Zustimmung zur Steuerverweigerung am 23. November zurück. Die Stadtverordneten beschloßen mit sechs Stimmen Mehrheit die kurz zuvor beschlossene Steuerasservation wieder aufzuheben.¹¹³ Weitergehende Anträge auf eine „Ergebenheitsadresse“ an den König, in der erklärt werden sollte, dass man bei der Unterstützung der Nationalversammlung von falschen Prämissen ausgegangen sei und sich geirrt habe, wurden noch fallen gelassen. Der Versuch des demokratischen Stadtverordneten Linderer, die Aufhebung des Beschlusses zur Einbehaltung der Steuergelder wieder rückgängig zu machen, fand keine genügende Unterstützung mehr.¹¹⁴ Dagegen erklärten die Bürgerwehrkommandeure in einer Adresse vom 23. November an den Magistrat entschieden, dass sie ihre politischen Meinung nicht geändert hätten und nach wie vor zur Nationalversammlung stünden.¹¹⁵ Von ihrer Absicht, sofort ihre Stellen niederzulegen und Neuwahlen durchzuführen, traten sie im Interesse von Ruhe und Sicherheit der Stadt bis zu einer vom Magistrat anzuberaumenden Neuwahl der Kommandeure zurück.

Am 20. November bildete sich ein Verein zum Schutz von Gesetz und Ordnung, der einen umgehenden Militäreinsatz verlangte.¹¹⁶ Er wurde zu einer Massenbasis für die Konterrevolution in der Stadt. Am 23. November wurde anstelle des bisherigen Polizeipräsidenten Kuh der tatkräftigere von Kehler interimistisch eingesetzt. Am 25. November debattierte die Stadtverordnetenversammlung sogar über ihre Auflösung, vertagte die Sache jedoch aufgrund des Widerstands demokratischer Mitglieder.¹¹⁷ Die „Weißkreuze“, Mitglieder des reaktionären Landwehrvereins „Für Gott, König und Vaterland“ unter der Führung von Paul v. Nimptsch provozierten am 26. November eine tätliche Auseinandersetzung mit versammelten Bürgern auf dem Neumarkt, wurden aber zurückgeschlagen und mussten flüchten.¹¹⁸

Die Aufstandsversuche in der Provinz

In der Hoffnung, dass Breslau sich zur Verteidigung der Nationalversammlung erheben, den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen und so das Signal für einen Aufstand der Provinz geben würde, waren vor allem nach Bekanntwerden des Steuerverweigerungsbeschlusses an mehreren Punkten der Provinz Vorbereitungen für bewaffnete Zuzüge in die Hauptstadt im Gange. Vielerorts glaubte man, dass die Zeit gekommen sei loszuschlagen. In einem Brief des Vorstands des Saganer Demokratenvereins vom 11. November hieß es, am 20. November schlagen wir in Niederschlesien los. Alle Vereine der Umgebung sollten davon in Kenntnis gesetzt werden.¹¹⁹ „Tausende von Bürgern und Bauern der Gegend von Öls, Bernstadt und Namslau harften jetzt nur des Winkes der Hauptstadt“, hieß es in

111) AÖZ, 23. November 1848, Beil., S. 2. **112)** Ebenda. **113)** AÖZ, 25. November 1848, Beil., S. 2; STEIN (wie Anm. 5), S. 382f. **114)** AÖZ, 25. November 1848, Beil., S. 3. **115)** AÖZ, 28. November 1848, Beil., S. 2: Adresse der Bürgerwehrkommandeure an den Magistrat, Breslau, den 23. November 1848. **116)** AÖZ, 22. November 1848, Beil., S. 2. **117)** STEIN (wie Anm. 5), S. 380. **118)** Ebenda, S. 381; *Denkwürdige Jahre* (wie Anm. 5), S. 74f. **119)** GStA PK, I. HA Rep. 97Xa Gen. Nr. 3, Bl. 22.

einer Korrespondenz aus Bernstadt.¹²⁰ Auch anderswo in der Provinz organisierte man wie im Hirschberger Tal die Bewaffnung der einfachen Leute.

In Bernstadt erzwang eine revolutionäre Massenbewegung unter maßgeblichem Einfluss von Rudolph Krönig, einem 1836 zum Tode verurteilten, dann zu 30 Jahre Festung begnadigten und 1840 amnestierten Burschenschafter, der seinen demokratischen Idealen treu geblieben war,¹²¹ die Bildung eines Sicherheitsausschusses unter Einschluss des Bürgermeisters Wilhelm Basset, der am 18. November mit einem Plakat die Landgemeinden zur Steuerverweigerung und zu einem bewaffneten Zuzug nach Breslau aufforderte.¹²² Der Magistrat bewilligte 50 Taler zur Bewaffnung. Etwa 200 bewaffnete Männer der Bürgerwehr und eines Freikorps machten sich nach Öls auf den Weg, in der Hoffnung, dort noch Verstärkung zur Unterstützung Breslaus zu erhalten, Dieser Vortrupp von Freischärlern erfuhr aber eine Abfuhr. Er kehrte mit der Nachricht zurück, dass Breslau ruhig blieb. Am 21. November löste sich der Sicherheitsausschuss daraufhin wieder auf.

In Brieg rebellierten am 17./18. November, von so genannten Rädelsführern, den Demokraten Gustav Prinker und Julius Schönbrunn und dem Kämmerer Mützel angeregt, aufgebrachte Bürger gegen die Einberufung der Landwehr.¹²³ Eine größere Menge verhinderte am ersten Tag die Einkleidung der Landwehrmänner und suchte am folgenden Tag deren Ausmarsch aus der Stadt — allerdings vergeblich — zu verhindern.

Der Vorsitzende des Schweidnitzer Demokratenvereins Julius Petery gab bereits am 5. November 1848 ein Flugblatt „An die Männer des schlesischen Gebirges“ heraus, das zu energischem Widerstand gegen die vorrückende Konterrevolution aufrief.¹²⁴ Er zog Konsequenzen aus der Niederlage der Revolution in Wien, woran die Demokraten selbst mit Schuld trügen. Berlin und Schlesien könnten, nachdem mit der Niederwerfung der polnischen Erhebung der erste Akt der Konterrevolution eingeleitet worden sei und Wien der zweite Akt war, jetzt Schauplatz eines dritten Schlages gegen die Demokratie und das Volk werden, wogegen man sich rüsten müsse. „Alle Führer der demokratischen Partei, alle Präsidenten der demokratischen Vereine, der Landwehr- und Bürgerwehrvereine sowie die Deputierten der Kreis-Rustikalvereine“ forderte er deshalb auf, am 11. November zwecks Verständigung über gemeinsame „Schutz- und Verteidigungsmaßregeln“ in Kynau zusammenzukommen. Kein Wunder, dass die Breslauer Regierung den Oberpräsidenten am

120) AÖZ, 19. November 1848, Beil., S. 3. **121)** Zu Krönig siehe GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 164–171; Helge DVORAK, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I/3, Heidelberg 1999, S. 181f.; Walter SCHMIDT, Die vom preußischen Kammergericht am 4. August 1836 zum Tode verurteilten Burschenschafter, in: Bernhard SCHROETER (Hg.), Für Burschenschaft und Vaterland. Festschrift für den Burschenschafter und Studentenhistoriker Prof. (FH) Dr. Peter Kaupp, Norderstedt 2006, S. 146.

122) Zum Bernstädter Aufstand siehe AÖZ, 19. November 1848, Beil., S. 3; Bernstadt, 17. November (Zuzügler); BKB, 20. November 1848, S. 4; GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 1 Bd. 1: Tagesrapport des Oberpräsidenten vom 1. Dezember 1848; NOZ (M), 15. und 16. Februar 1850: Der Bernstädter Prozess. **123)** SZ, 23. November 1848, S. 3076; AÖZ, 22. November 1848, I. Beil., S. 4; Urteil des Breslauer Schwurgerichts vom 11. September 1849, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 185; Rep. 77 Tit. 2965 Nr. 4 Bd. 2: Kommunalangelegenheiten Brieg (unpaginiert). **124)** Der Freischütz. Kämpfer für des Volkes Wohlstand, Bildung und Freiheit (Schweidnitz), 9. November 1848, S. 216f.; Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), 12. November 1848, S. 2–3; Auszug in: Breslauer Kreisbote, 13. November 1848, S. 3; GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 387f.

13. November zu Gegenmaßnahmen und gerichtlicher Verfolgung dieser Bestrebungen aufforderte.¹²⁵ Man erkannte: Ziel dieses Aufrufs war, revolutionäre Gegengewalt zu formieren, Freischaren zu bilden, um einem erwarteten Aufstand in Breslau zu Hilfe kommen zu können. Petery bereiste mit eben diesem Ziel die Gebirgsorte.

In Freiburg, wo der Demokratenverein den Magistrat am 16./17. November zur Umsetzung des Steuerverweigerungsbeschlusses der Berliner Versammlung zwang, formierte sich ein Freischarenzug.¹²⁶ Das Hirschberger Tal, wo in den Novembertagen Schlöffel agitierte, zu Besonnenheit und zur Geldsammlung für Waffen, Pulver und Blei aufforderte, beteiligte sich besonders stark an dieser Aktion.¹²⁷ Bereits nach der Ankündigung des Königs, eine neue Regierung unter Brandenburg einzusetzen, hatte eine Volksversammlung der demokratischen Vereine von Schmiedeberg, Steinseiffen und Hirschberg am 7. November zur Einigkeit der Demokraten aufgerufen. Es wurde mitgeteilt, dass auf den Dörfern die Volksbewaffnung in Angriff genommen werde.¹²⁸ Die Organisierung einer Freischar für Breslau ging von den Schmiedeberger Demokraten aus. Seit Mitte November steigerte sich hier die Aufregung. Nach einem Besuch in Breslau berief der Schmiedeberger Ratsherr und Demokratenvorsitzende Dr. Rudolph John am 17. November eine geheime Zusammenkunft zuverlässiger Männer ein, auf der man sich zu einem bewaffneten Zug nach Breslau verbündete. Ein vom Breslauer Permanenten Ausschuss der Bürgerwehr und vereinigten politischen Vereine unterzeichnetes Plakat an die „Männer Schlesiens“ forderte auf, Breslau bewaffnet zu Hilfe zu eilen. Man wollte 10 000 Mann auf die Beine bringen. Am Abend des 17. November gingen von Schmiedeberg aus reitende Boten in die umliegenden Dörfer, um zur Teilnahme am Breslauer Zuzug zu werben. Beschlagnahmte Steuern sollten als Reisegeld benutzt werden. Organisiert wurde diese Aktion vor allem vom Riemergesellen und Artilleristen Orth, der Ende Oktober in Hirschberg einen Landwehrverein ins Leben gerufen hatte,¹²⁹ und dem Handlungsdiener und Feldwebel der Landwehr Theodor Schmidt. In den meisten Ortschaften wurde in der Nacht Generalmarsch geschlagen und Sturm geläutet. In Grunau wurde vom Bauerngutsbesitzer Mattern die Bürgerwehr alarmiert. Am 18. November brach ein Zug von etwa 70 Mann unter Führung von John nach Freiburg auf, von wo aus gemeinsam nach Breslau gefahren werden sollte. Auch von Hirschberg aus wurden die umliegenden Dörfer für einen Zug nach Breslau mobilisiert. Von Kaiserwaldau, Seiffershau und Neu-Kemnitz machten sich drei Scharen auf den Weg. Alle gelangten aber nur bis Freiburg.¹³⁰ Zwar behinderte starker Schneefall in diesen Tagen die Aktion. Doch entscheidend für deren Misslingen war die Nachricht, dass es in Breslau ruhig blieb. Als man erfuhr, dass Breslau sich nicht erhob, löste sich die Schar auf, gegen die inzwischen zwei Kompanien Infanterie aus Schweidnitz in Marsch gesetzt worden waren.

125) Ebenda, Bl. 395. 126) Zum Folgenden siehe GStA PK, I. HA Rep. 97 Xa Nr. 65: Landrat von Hirschberg an Innenministerium, Hirschberg, 6. Januar 1848, Bl. 50–60. 127) Dazu siehe das Schreiben des Landratsverwesers von Hirschberg v. Gävernitz ans Innenministerium vom 29. November 1848 und seinen Bericht vom 25. November 1848 sowie abschriftliche Vernehmungsprotokolle in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 3, Bd. 3, Bl. 51–69v. 128) Zum Folgenden siehe vor allem: Ebenda sowie das Urteil des Kriminalsenats des Oberlandesgerichts Breslau gegen John vom 8. März 1849, in: GStA PK, Rep. 77 Tit. 3065 Nr. 1 Bd. 2: Kommunalangelegenheiten Schmiedeberg (unpaginiert); auch: AOZ, 10. November 1848, Beil., S. 3. 129) AOZ, I. November 1848, I. Beil., S. 2. 130) SZ, 23., 25., 26. und 28. November 1848, S. 3076, 3104 f., 3119, 3136.

Auch im Umfeld von Leobschütz war die Bildung einer Freischar im Gange, für die sich den Werbepersonen, die durchs Gebirge zogen, vor allem Männer aus den armen Volksschichten meldeten.¹³¹ Aktiv bei der Organisierung einer „bewaffneten Macht zum Aufstande gegen die Obrigkeit“ waren der Justizkommissar Zicks und ein Dr. Bernhard, beide Mitglieder des Demokratisch-Konstitutionellen Vereins, die denunziert und verhaftet wurden, was das Oberlandesgericht Ratibor jedoch zunächst zurücknahm.¹³² Dennoch wurden Zicks und der Gerichtsassessor Wolff aus Leobschütz wegen Beteiligung an Hochverrat bald darauf in Untersuchung genommen.¹³³ Ein Zentrum der Bestrebungen um eine Freischar im Umfeld von Leobschütz war der Ort Katscher. Auch diese Freischar löste sich auf, als sich herausstellte, dass Breslau sich nicht erhob. Auch in Muskau und in Neisse soll es, wie es in einem Bericht des Generalkommandos des VI. Armeekorps heißt, Bemühungen zur Bildung einer Freischar gegeben haben.¹³⁴

Die Breslauer radikalen Demokraten aus dem Permanenten Ausschuss der Bürgerwehr und der politischen Vereine hatten bereits am 14. November den jungen Studenten und Radikaldemokraten Robert Schlehan in die Provinz entsandt, um bewaffnete Kräfte zur Unterstützung einer Erhebung Breslaus zu mobilisieren.¹³⁵ Er wandte sich zunächst nach Schweidnitz und traf sich danach mit dem bereits ins Gebirge aufgebrochenen Petery. Beide agitierten in Volksversammlungen in Reichenbach, Neurode, Glatz, Silberberg und anderen Orten für eine Erhebung. Eine Korrespondenz aus Hirschberg berichtete von einem 21jährigen, der mit seinem Begleiter durch die Dörfer sprengte, Sturmglocken zum Läuten zu bringen versuchte und mehrere Männer für eine Freischar gewinnen konnte.¹³⁶ Schlehan kehrte am 18. November nach Breslau zurück und bemühte sich hier am 19. November nochmals um eine bewaffnete Abriegelung der Stadt gegen eine erwartete Militärintervention. Am 19. November fand noch eine Zusammenkunft revolutionärer Demokraten Schlesiens in Breslau statt. „Aus vielen Orten der Provinz waren Führer eingetroffen. — Am Abend des 19. November konnte, am folgenden Tag sollte etwas geschehen. Es geschah aber nichts, als der Antrag auf Verhaftung der im Pick-Keller unter dem Vorsitz Schlöffels versammelten Unruhestifter aus der Provinz.“¹³⁷

Da Breslau ruhig blieb, liefen die Aufstandsbestrebungen in der Provinz ins Leere. Das Generalkommando des VI. Armeekorps in Schlesien resümierte am 30. November nüchtern die schlesischen Aufstandsversuche in der Novemberkrise:¹³⁸ „Eine Verzweigung des Aufstands am 19. und 20. November durch die ganze Provinz tritt aus den einzelnen Daten immer unzweifelhafter hervor. Gleichlautende Aufforderungen waren überall von dem Zentralpunkt Breslau ergangen. Es scheint, als wenn überall die höchsten Behörden durch Überfall aufgehoben, die Kassen mit Beschlag belegt und große Zuzüge nach Breslau in Bewegung gesetzt werden sollten. ... Der Plan scheint von der Wachsamkeit der Behörden und rechtzeitiger Aufstellung hinlänglicher Militärkräfte, vielleicht auch an dem Mangel

131) SZ, 30. November und 1. Dezember 1848, S. 3165 und 3190. 132) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 350: Oberpräsident v. Schleinitz an das Innenministerium, 28. Februar 1849. 133) Ebenda, Bl. 379: Bericht des Appellationsgerichtes Ratibor vom 20. April 1849. 134) Bericht des Generalkommandos des VI. Armeekorps, Breslau, 30. November 1848 in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 147–147v. 135) Hierzu und zu den Bemühungen von Schlehan und Petery siehe Julius PETER-PETERY, Robert Schlehan. Sein Leben und Wirken, Breslau 1862, S. 20–27. 136) SZ, 19. November 1848, S. 3150. 137) PETER-PETERY (wie Anm. 135), S. 27.

entschlossener Führer der republikanischen Partei für jetzt gescheitert zu sein. Von vier Punkten hatten sich Freischärler gegen Breslau in Bewegung gesetzt, von Muskau, Schmiedeberg, Leobschütz und Bernstadt; auch scheint aus dem Posenschen ein Zuzug im Werke gewesen zu sein. Keiner der Haufen ist jedoch über 100 Mann angewachsen.“

Der Konterrevolution boten die Aufstandsbestrebungen Gelegenheit, die Anführer zu verfolgen, zu verhaften, vor Gericht zu stellen und zu Festungsstrafen zu verurteilen. Schlehan floh, von Verhaftung bedroht, umgehend nach Oberschlesien, wo er in einer Broschüre den bisherigen Verlauf der Revolution analysierte.¹³⁹ Petery, der am 19. November ebenfalls nochmals nach Breslau gekommen war und sich danach wochenlang im Gebirge versteckt hielt, wurde nach seiner Rückkehr nach Schweidnitz am 24. Januar 1849 verhaftet und im Dezember 1849 zu drei Jahren Festung verurteilt.¹⁴⁰ Der Präsident des Freiburger Demokratenvereins Rothkirch wurde Anfang Dezember neben anderen Aktiven aus der Freischar verhaftet und nach Schweidnitz transportiert.¹⁴¹ Gegen Rudolph John, das Haupt der Schmiedeberger Demokraten, und den Initiator der Freischar, den Pastor Meißner, der in Kaiserswaldau Sturm läuten ließ, den Riemergesellen Orth und den Handlungsdiener und Landwehr-Leutnant Theodor Schmidt aus Schmiedeberg, die sich besonders für den Zuzug engagiert hatten, wurden Untersuchungen wegen „Aufregung zum Aufruhr“ eingeleitet.¹⁴² Schmidt flüchtete wahrscheinlich in die Schweiz und konnte nicht belangt werden. Gegen andere Teilnehmer des Freischarunternehmens wurde eine besondere Untersuchung eröffnet. John wurde als erster bereits am 8. März 1849 vom Kriminalsenat des Oberlandesgerichts Breslau wegen Aufruhrs und Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Festungsarrest und Amtssuspension verurteilt; verschärfend setzte das Breslauer Appellationsgericht am 21. August 1849 auf Antrag des Innenministeriums noch den Verlust der Nationalkokarde hinzu.

In Brieg wurden im Februar und März 1849 mehr als 50 Personen „wegen aufreizender Schritte“ während der Einkleidung der Landwehr in Untersuchung gezogen und ein „Monstre-Prozess“ vor dem Stadtgericht vorbereitet,¹⁴³ dann aber, da das Brieger Stadtgericht eine pauschale Anklageerhebung ablehnte, an das Breslauer Schwurgericht übergeben.¹⁴⁴ Angeklagt wurden wegen Aufruhrs bzw. Aufreizung zum Aufruhr acht angesehene Brieger Bürger, darunter der Stadtkämmerer Mützel, zwei Kaufleute und ein Apotheker, aber auch ein Schneidergesell und ein Tagearbeiter. Fünf der Angeklagten wurden freigesprochen. Die Hauptakteure, der Literat Gustav Prinker und der Kaufmann Julius Schönbrunn, verurteilte das Schwurgericht am 11. September 1849 wegen Aufruhrstiftung bzw. Verleitung zum Aufruhr zu 15 Monaten Festungsarrest und ihr Gnadengesuch wurde im Juli 1850 abgelehnt.¹⁴⁵ Die beiden Arbeiter wurden der Verleitung zum Aufruhr bzw. der

138) Bericht des Generalkommandos des VI. Armeekorps, 30. November 1848, Bl. 147-147v. **139)** Robert SCHLEHAN, Deutschland und die revolutionäre Partei, Liegnitz 1849 (weltweit nicht mehr existent; nur in Auszügen in Julius Maria PETERYS Schlehan-Biografie überliefert). **140)** Petery an Meyen, 23. März 1850, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 30 C Tit. 94 Lit. M Nr. 259adh: Meyen Schriftstücke, Bl. 75-77. **141)** AOZ, 10. Dezember 1848, Beil., S. 2. **142)** Hierzu siehe GStA PK, I. HA Rep. 97 Xa Nr. 65, Bl. 4 sowie das Urteil gegen John in Rep. 77 Tit. 3065 Nr. 1 Bd. 3: Kommunalangelegenheiten Schmiedeberg (unpaginiert); auch SZ, 10. April 1849, S. 1070. **143)** AOZ, 9. März 1849, I. Beilage, S. 2. **144)** Der Sammler. Briegische Wochenschrift, 13. September 1849; S. 289 f.: Der Prozess der Brieger November-Angeklagten. **145)** Urteil des Breslauer Schwurgerichts vom 11. September 1849, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 185 f.

Teilnahme am Aufruhr für schuldig befunden. Der freigesprochene Kämmerer Mützel war bereits aus dem Amt entfernt worden und eine Aufhebung der Amtssuspension wurde zurückgewiesen.¹⁴⁶ Krönig wurde im Bernstädter Prozess von Februar 1850 zusammen mit sämtlichen 34 Angeklagten, darunter an der Spitze auch der an sich regierungstreue Bürgermeister Wilhelm Basset, von einem Schwurgericht freigesprochen.¹⁴⁷ Dennoch verlor Basset, obwohl sich der neue Oberpräsident Schleinitz für ihn einsetzte, 1852 seinen Bürgermeisterposten. Schon am 24. Dezember 1848 hatte Friedrich Wilhelm IV. die Bernstädter Bürgerwehr wegen ihrer Beteiligung an dem versuchten Zuzug nach Breslau aufgelöst.¹⁴⁸

Reflexionen der Niederlage

In der Provinz wuchs die Enttäuschung über das Versagen der Hauptstadt. „Stimmen aus der Provinz“ nannten es ein Schandmal für Schlesien, dass Breslau die Vertreter in Berlin im Stich ließ. Jetzt, wo es darum gehe, „die Volkserrungenschaften zu verteidigen und sich der Freiheit wert zu erweisen, da scheinen die Breslauer wieder die Ersten zu sein, welche zaghaft und servil sich der reaktionären Gewalt beugen.“¹⁴⁹ Mit den Rückschritten seit der Auflösung des Sicherheitsausschusses begann sich auch in den Reihen der Breslauer und schlesischen Demokraten Resignation breit zu machen, zumal der Versuch, einen neuen Sicherheitsausschuss ins Leben zu rufen, scheiterte. Man begann zu begreifen, dass eine eklatante Niederlage der Demokratie bevorstand. Nachdem der Permanente Ausschuss der Bürgerwehrklubs und der politischen Parteien auseinander fiel, wurden die einzelnen demokratischen Vereine wieder aktiv und begannen, die Ereignisse der letzten zwei Wochen zu bilanzieren.

Der gemäßigt demokratische Deutsche Volksverein befasste sich am 22. November als erster mit einer Analyse.¹⁵⁰ Für den Misserfolg, dass nämlich die entscheidenden Ziele nicht erreicht wurden, machte die Vereinsmehrheit vor allem die „Partei der roten Republik“ verantwortlich, weil sie zu extremen Mitteln gegriffen habe. Aber ein provoziertes Kampf mit dem Militär sei auch deshalb ohne Chance gewesen, weil die Arbeiter sich angeblich zu wenig an der politischen Bewegung beteiligt hätten, was angesichts der Massenbeteiligung an den Volksversammlungen allerdings fragwürdig war. Schließlich sei das Scheitern der demokratischen Bestrebungen zur Rettung der Konstituante darauf zurückzuführen, dass das Volk politisch noch nicht hinreichend reif sei, nicht die Schmach begreife, die ihm in der Missachtung seiner parlamentarischen Vertreter zugefügt wurde. Damit war aus dem Ursachenkatalog von vornherein das Verhalten der demokratischen Partei selbst, das Verharren großer Teile der demokratischen Bewegung im Rahmen der vorgegebenen Gesetzlichkeit, die Aversion vor revolutionären Massenaktionen und der Anwendung revolutionärer Gewalt gegenüber der provozierenden Konterrevolution weitgehend ausgeklammert. Widerstand gegen das Militär wurde von vornherein als aussichtslos abgelehnt. Zwar befasste man sich noch mit einzelnen Schritten einer Steuerverweigerung, plädierte indes bei deren Durchführung auf Einhaltung der Gesetzlichkeit und lehnte daher alle Vollmachten für eine entsprechende Kommission ab.

146) GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2965 Nr. 4 Bd. 2 (unpaginiert). **147)** NOZ (M), 16. und 17. Februar 1850; Breslauer Polizeipräsident v. Kehler an das Innenministerium, 16. Februar 1850, in: GStA PK, Rep. 77, Tit. 507 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 154–156. **148)** AOZ, 4. Januar 1849, I. Beil., S. 4. **149)** AOZ, 29. November 1848, Beil., S. 3. **150)** AOZ, 24. November 1848, Beil.

Der am gleichen Tag nur mit wenigen Mitgliedern erstmals wieder tagende Demokratische Hauptverein schieg sich hingegen zu diesem Thema völlig aus. Kritische Überlegungen ganz anderer Art von Seiten entschiedener Demokraten fanden jedoch in einem Artikel der „Allgemeinen Oder-Zeitung“ über den „Permanenten Sicherheitsausschuss und die Vertrauensmänner“ ihren Niederschlag.¹⁵¹ Die in den Sicherheitsausschuss gesetzten Erwartungen wurden nicht erfüllt, weil man ihn von vornherein falsch zusammengesetzt hätte. Statt sich neben den städtischen Behörden bzw. an deren Stelle als eigenständiges Machtorgan zu konstituieren, was in einer Zeit der Revolution an der Tagesordnung gewesen wäre, habe man sich an die städtischen Behörden gewandt. Die Zentralkommission sämtlicher Klubs, die den Sicherheitsausschuss von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung erzwang, glaubte diese Institution durch Delegation von gewählten Vertrauensmännern zu einem vorwärtsdrängenden Organ nicht nur für die Stadt, sondern für die ganze Provinz entwickeln zu können. Doch erwies sich dies als Irrtum, denn die Vertrauensmänner blieben gegenüber den Vertretern der städtischen Behörden in der Minderheit. Deshalb konnte die ganz legalistisch eingestellte Majorität des Sicherheitsausschusses ihr Konzept, nur für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sorgen, voll durchsetzen. So wurde dieser Ausschuss „weniger ein politischer als ein lokalpolizeilicher“. Die auf Ruhe statt auf Revolution orientierte Mehrheit im Sicherheitsausschuss lehnte alle über die Stadt hinausgehenden Maßregeln wie die Berufung von Vertrauensmännern aus der ganzen Provinz strikt ab und legte sich auf die „Phrase des passiven Widerstandes“ als einzigem Mittel fest, um den Beschlüssen der Nationalversammlung Geltung zu verschaffen. Sie war nicht bereit, „mit allen entschiedenen Mitteln die Beschlüsse der Nationalversammlung durchzusetzen“; sie wollte nicht in der ganzen Provinz im Geiste der Berliner Versammlung Propaganda machen, wodurch allein der herrschenden Militärgewalt hätte Paroli geboten werden können.

Der demokratische Provinzialausschuss zog erst nach Auflösung der verfassunggebenden Versammlung und der Oktroyierung der Verfassung am 8. Dezember in einem Rundschreiben Bilanz über die Phase der offenen Auseinandersetzung mit Krone und Staatsstreichregierung. Der Ausschuss anerkannte in seiner Erklärung rückhaltlos, dass die Reaktion mit der Verkündung der oktroyierten Verfassung am 5. Dezember 1848 einen Sieg über die Demokratie errungen habe.¹⁵² Das Volk habe auf den Rechtsbruch der Krone nicht mit einer Revolution geantwortet, die unter den herrschenden Umständen aber auch deshalb unmöglich gewesen sei, weil „das eigentliche Rechtsbewusstsein des Volkes noch nicht durchgebildet ist“, um einem Rechtsbruch erfolgreich zu widerstehen. Auch habe die Reaktion mit der oktroyierten Verfassungsurkunde eine Mehrheit für sich gewonnen und „uns die Möglichkeit eines Widerstandes durch die Konzessionen, welche sie den demokratischen Elementen im Volk machen, recht eigentlich aus den Händen gewunden“.¹⁵³ Schließlich brächte es auch nichts, auf der Steuerverweigerung zu beharren; denn die Mehrheit stünde nicht mehr dahinter und die Minderheit würde, sollte sie die Steuern verweigern, der Militärgewalt verfallen, und deren Vorherrschaft könnte sich dann auch negativ auf die Wahlen auswirken.

151) AOZ, 24. November 1848, Beil., S. 2–3. 152) SZ, 9. Dezember 1848, S. 3403: Erklärung des Zentralaussschusses der schlesischen Demokraten. 153) Ebenda.

Dass sich der Provinzialausschuss ausführlich mit der Revolution als einem Mittel des Widerstands auseinandersetzen musste und ausführlich die angebliche Chancenlosigkeit einer Revolution zu begründen suchte, bezeugt indirekt, welche Rolle diese Frage und die Kritik an der Haltung der gemäßigten Demokraten in den Debatten innerhalb der demokratischen Bewegung spielte.¹⁵⁴ Der Unmut der radikaldemokratischen Kräfte in der Provinz über die faktische Weigerung der Breslauer Demokratie, die Grenzen des passiven Widerstands im November zu überschreiten und zu aktivem Widerstand überzugehen, muss recht groß gewesen sein. In der Sitzung des Hauptvereins übte ein Redner heftige Kritik am Provinzialausschuss wegen dessen Trägheit und forderte die sofortige Einberufung eines Provinzialkongresses, wurde aber von der Mehrheit zurückgewiesen.¹⁵⁵ Im Breslauer Arbeiterverein wurde nachdrücklich die Meinung vertreten, dass „tatsächliche Erhebungen unter allen Umständen notwendig seien.“¹⁵⁶ Und der Abgeordnete Mätze aus Bernstadt stellte im Hauptverein nüchtern fest, dass „das Volk durch die Philister eine Niederlage erlitten“ habe.¹⁵⁷

Auch in der Analyse des Provinzialausschusses erscheint das politisch unreife Volk als schuldig an der Niederlage der demokratischen Bewegung. Eigene Versäumnisse und Fehler der Demokratie selbst, die Aversion von großen Teilen der demokratischen Partei gegenüber der Anwendung revolutionärer Gegengewalt und deren Organisation im Kampf gegen die Konterrevolution sind schlicht eskamotiert. Die Massen wären noch unter liberalem Einfluss und sind sogar der geschickten konservativen Politik erlegen. Alles ist auf den jeweiligen Bewusstseinsstand der Massen reduziert. Deshalb, so wurde geschlussfolgert, müsse man sich nun auf die Wahlen zur Zweiten Kammer konzentrieren und mittels der Presse in der Wahlagitation Einfluss auf die demokratische Willensbildung des Volkes nehmen. So richtig angesichts der gestärkten Konterrevolution, die wieder fest im Sattel zu sitzen schien, die Warnung vor einem revolutionären Aufstand und auch die Orientierung auf den bevorstehenden Wahlkampf sein mochte, so offensichtlich war zugleich, dass die revolutionären Chancen in den vorangegangenen Wochen der Novemberkrise eskamotiert wurden. Stehen blieb nur, dass das Volk für die Revolution nicht bereit gewesen sei.

154) Ebenda: „Der König hat die Nationalversammlung aufgelöst. Auf einen solchen Gewaltstreich muss ein Volk entweder mit einer Revolution antworten oder vorläufig schweigen und harren. Dass wir uns in der letzten Notwendigkeit befinden, wird Euch schwerlich auch nur einen Augenblick lang zweifelhaft sein können. Wir dürfen uns nicht täuschen: eine Revolution ist unter gegenwärtigen Umständen mehr als je eine Unmöglichkeit. Einmal ist es Winter; dann ist das Volk weder organisiert noch bewaffnet, noch approvisioniert genug, um einen ernstlichen Kampf mit der jetzt überall konzentrierten Militärgewalt aufnehmen zu können; drittens haben die letzten Ereignisse zur Genüge bekundet, dass, selbst wenn diese Hindernisse nicht stattfänden, das eigentliche Rechtsbewusstsein des Volkes noch nicht so durchgebildet ist, dass die Verletzung eines ideellen Rechtsprinzips seine Tatkraft zu wecken vermöchte; – und endlich ist die neue oktroyierte Verfassungsurkunde geschickt genug gearbeitet, um die große Mehrheit für sich zu gewinnen und diejenigen, welche der Ausführung derselben sich zu widersetzen unternähmen, wohl gar verdächtig erscheinen zu lassen. Ja wohl, ganz außerordentlich geschickt haben unsere Gegner zu manövrieren verstanden und uns die Möglichkeit eines Widerstandes durch die Konzessionen, welche sie den demokratischen Elementen des Volkes machen, recht eigentlich aus den Händen gewunden. Es bleibt uns also vernünftigerweise nichts anderes übrig als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, den von der Krone uns diktierten Frieden vorläufig als einen Waffenstillstand zu akzeptieren und darauf bedacht zu sein, dass wir uns inzwischen mit aller Kraft in den Positionen, die uns noch gelassen sind, festsetzen.“ 155) AOZ, 20. Dezember 2848, Beil.: Sitzung vom 11. Dezember. 156) AOZ, 1. Dezember 1848, Beil., S. 2: Sitzung vom 30. November. 157) AOZ, 8. Dezember 1848, Beil., S. 3: Sitzung vom 6. Dezember.

Schlesische Geschichtsblätter

Zeitschrift für Regionalgeschichte Schlesiens

38. Jahrgang (2011)

Herausgegeben vom Verein für Geschichte Schlesiens e.V.

Heft 2 (August)

w. SCHMIDT: Die schlesische Demokratie in der preußischen Novemberkrise 1848, 41–65
OSWALD: „Unter Polizeibedeckung vom Platz gebracht“: Fanatismus im Breslauer Fußball der Zwischen-
kriegszeit, 66–73 J. W. SCHMIDT: Ein merkwürdiges Naturereignis nahe der Stadt Neisse im
September 1813, 73–75 KLOSE: Die Baumschule C. Berndt in Zirlau bei Freiburg/Schlesien, 75–79

Mitarbeiter dieses Heftes:

Prof. Dr. Andreas KLOSE,
Dr. Rudolf OSWALD,
Dr. Jürgen W. SCHMIDT,
Prof. Dr. Walter SCHMIDT,

Schriftleiter: Prof. Dr. Andreas KLOSE,
Redaktion: Stefan Guzy,

Gestaltung und Satz: Zwölf, Büro für Grafikdesign, Paul-Lincke-Ufer 44a, 10999 Berlin, www.zwoelf.net
Druck und Bindung: Pinguin Druck, Marienburger Straße 16, 10405 Berlin

Verein für Geschichte Schlesiens e.V.
Berliner Ring 37
97753 Karlstadt (Main)
www.verein-fuer-geschichte-schlesiens.eu

ISSN 2190-4871

